

CDL

CHRISTDEMOKRATEN FÜR DAS LEBEN e. V. · INITIATIVE IN DER CDU/CSU

Thomas Friedl

pro familia - ?

Wer ist die
Pro Familia Deutsche Gesellschaft
für Sexualberatung und Familienplanung e.V.?

Eine Dokumentation

Vorbemerkungen:

PRO FAMILIA spielt als Meinungsträger in der Lebensschutzdebatte eine maßgebliche Rolle, als Familienplanungs-Fachverband wird PRO FAMILIA immer wieder angefragt. In den letzten Jahren ist PRO FAMILIA verstärkt mit der Forderung nach ersatzloser Streichung der §§ 218 ff an die Öffentlichkeit getreten, PRO FAMILIA-Repräsentanten beteiligen sich an Diskussionsforen, PRO FAMILIA firmiert als Mitveranstalter von Demonstrationen - etwa in Memmingen und Bonn.

Die vorliegenden Gesetzentwürfe der Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP zur Reform der §§ 218 ff halten an der Pflichtberatung und der ihr zugeschriebenen Wirksamkeit fest. Die SPD verzichtet in ihrem Gesetzentwurf auf Pflichtberatung, legt aber einen Schwerpunkt auf Sexualpädagogik. In ihrem "Konzept zur Sexuaufklärung" verweist die SPD ausdrücklich auf PRO FAMILIA.

PRO FAMILIA ist der größte Träger von § 218b-Beratung und Sexualpädagogik, der Verein finanziert sich fast ausnahmslos aus öffentlichen Geldern. Daher ist es von Interesse und legitim, zu hinterfragen, welche Vorstellungen und Ziele PRO FAMILIA verfolgt.

Es stellt sich die Frage, inwiefern PRO FAMILIA den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes, den Vorschriften der reformierten §§ 218 ff sowie den jeweiligen Landesrichtlinien entspricht.

Praktisch alle in dieser Zusammenstellung verwendeten Quellen sind öffentlich zugänglich. Sie stehen in Landes- und Hochschulbibliotheken, in Gerichtsarchiven, sie sind als Bundestagsdrucksachen erhältlich oder wie Jahresberichte und Broschüren über PRO FAMILIA selbst zu beziehen.

Die vorgelegte Auswahl soll nicht unterstellen, daß ausnahmslos alle Beraterinnen und Berater in Einrichtungen der PRO FAMILIA ein fragwürdiges Verständnis von Lebensrecht, Schwangerschaftskonfliktberatung und Sexualethik haben. Doch sind gerade die Aussagen in Jahresberichten, Pressemitteilungen, Broschüren, Satzungen, Festschriften und im "pro familia magazin" sowie öffentliche Äußerungen führender Funktionäre offizielle Selbstzeugnisse des Vereines an sich, und eine daran festzumachende Kritik muß sich PRO FAMILIA gefallen lassen.

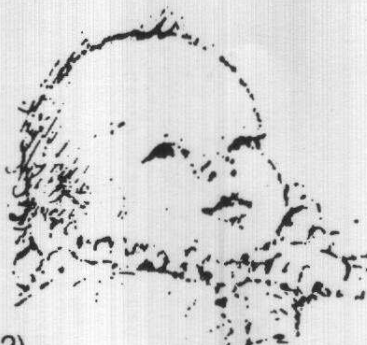
Karlsruhe, im Mai 1992

Th. Friedl

CDL

Christdemokraten für das Leben

Haus Laer
5778 Meschede · Tel. 02 91/22 61
Sparkasse Meschede
Spendenkonto Nr. 2584 (BLZ 464 510 12)



Die Preise verstehen sich incl. Porto.			
Expl.	DM	Expl.	DM
1	3,00	200	250,00
10	25,00	400	450,00
20	40,00	1000	900,00
50	90,00	2000	1500,00
100	150,00		

Thomas Friedl

pro familia - ?

Wer ist die
Pro Familia Deutsche Gesellschaft
für Sexualberatung und Familienplanung e.V.?

Eine Dokumentation

Statistik	4
PRO FAMILIA heute	5
Die Herkunft von PRO FAMILIA	6
Der Gründer von PRO FAMILIA	8
PRO FAMILIA: pro Abtreibung	14
PRO FAMILIA und "Schutz des ungeborenen Lebens"	21
PRO FAMILIA agiert politisch	23
PRO FAMILIA gegen Hilfen, insbesondere "Mutter und Kind" .	26
Beratungsverständnis von PRO FAMILIA	28
Kampf gegen Abtreibungsgegner	30
Sexualpädagogik bei PRO FAMILIA	32
Internationale Kooperation, IPPF, Population Council	37

Statistik

Der reformierte § 218 und die Rolle von PRO FAMILIA

Das Wiesbadener statistische Bundesamt erstellt jährlich eine Statistik über Schwangerschaftsabbrüche in der (bisherigen) Bundesrepublik Deutschland. Die dort genannten Absolutzahlen sind mit Vorsicht zu betrachten, da - wie immer wieder hervorgehoben wird - ein erhebliches Meldedefizit besteht.

Aus den Reihen von PRO FAMILIA selbst werden unterschiedliche Zahlen genannt, jenachdem, ob zur Begründung der Notwendigkeit von Familienplanungszentren die Abtreibung als eine selbstverständliche lebensgeschichtliche Erfahrung von Frauen dargestellt werden soll (300.000)¹, oder ob ein meßbarer Erfolg von Sexualpädagogik und Familienplanung begründet (128.000)² bzw. ein geplantes Beratungsgesetz bekämpft werden soll³.

Die nach Meinung des Verfassers seriösesten - weil methodisch fundiert und nachvollziehbar - Hochrechnungen für 1988 (altes Bundesgebiet) nennen etwa 210.000 Abtreibungen.⁴ Zu einem solchen Ergebnis kommt auch das Deutsche Ärzteblatt⁵.

Wenn man der Bundesstatistik eine gewisse Aussagekraft zumessen darf, dann besonders in der verhältnismäßigen Gewichtsverteilung unter den einzelnen Indikationen bzw. bezüglich des Familienstandes und Alters der abtreibenden Frauen.

Unter dieser Voraussetzung fällt zunächst eine stetige Zunahme der sozialen Indikation von 57,7% (1977) auf 86,8% (1988) und eine

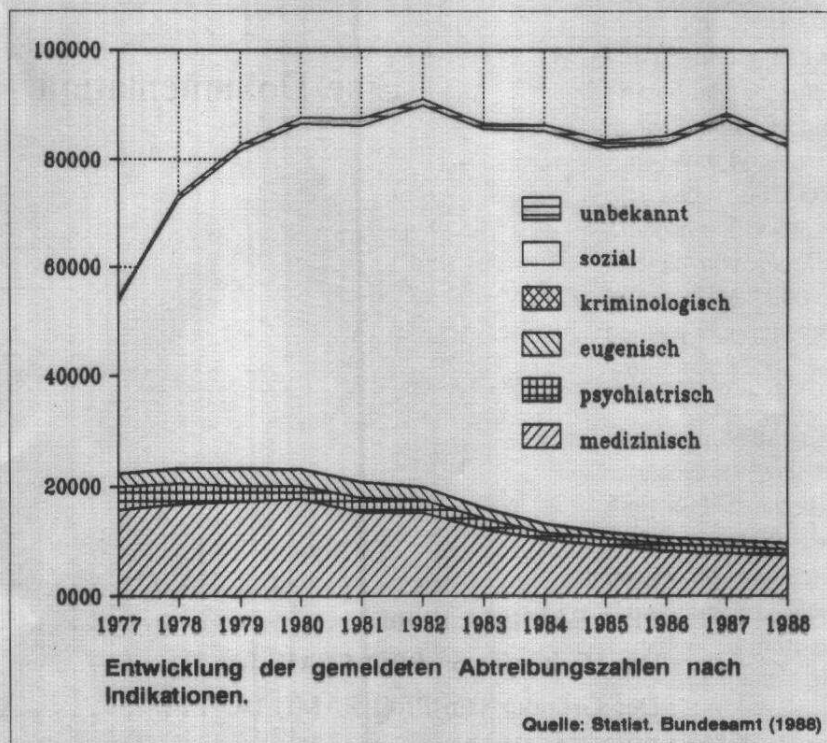
relative Abnahme der medizinischen und psychiatrischen Indikation von 36,6% auf 10,2% ins Auge. Letzteres läßt sich als Folge medizinisch-technischen Fortschrittes deuten.

Daneben kann man für die ethische/kriminologische Indikation über die Jahre in etwa gleichbleibende Absolut-Zahlen feststellen. Diese bewegen sich im Erfassungszeitraum stets zwischen 58 und 104 Fällen, relativ sind das weniger als 1 Promille, mit abnehmender Tendenz. Hier scheint ein

korrespondierenden Geburtenrückgang) und seit 1986 mit erheblichen Bundesmitteln Kondom-Werbung wegen AIDS durchgeführt wird, so muß die Entwicklung der Abtreibungszahlen zu denken geben.

Der Schluß liegt nahe, daß eine Bewußtseinsänderung stattgefunden hat - allerdings zuungunsten der Ungeborenen.

Gegenstand der folgenden Betrachtung ist die Fragestellung, inwiefern die "PRO FAMILIA Deutsche



gleichbleibendes Aufkommen zu bestehen - ganz im Gegensatz zur "sozialen" Indikation.

Wenn man in Rechnung stellt, daß in den Jahren seit der Reform der §§ 218 ff und dem fünften Strafrechtsreformgesetz eine intensivere, enttabuisierte Sexualaufklärung, eine zunehmend flächendeckende Pillenanwendung, sowie andere Verhütung stattfinden (mit einem

Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V." zur genannten Bewußtseinsänderung beiträgt.

Dabei ist es unausweichlich, auch die Ziele, die Herkunft und die "Ideologie" des Vereines sowie seine Beratungstätigkeit (insbesondere die § 218b-Beratung) zu untersuchen.

1. PRO FAMILIA BREMEN (Hrsg.): Gutachten zu § 218, Bundesstiftung "Mutter und Kind" vom 19.1.1984, S. 23: "Qualifizierte Schätzungen gehen deshalb auch davon aus, daß in der Bundesrepublik auch heute noch die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche bei etwa 300 000 jährlich liegt."
2. Zahlenangabe nach Joachim von Baross, Mitarbeiter u.a. der PRO FAMILIA-Bundesgeschäftsstelle, zitiert in einem Antrag der SPD-Bundestagsfraktion "Konzept zur Sexualaufklärung" vom 24.7.1989, Bundestagsdrucksache 11/4978
3. Presseerklärung vom 5.5.1988 des PRO FAMILIA-Bundesverbandes zum Entwurf eines Schwangerenberatungsgesetzes: "In Wahrheit ist dem Ministerium bekannt, daß die immer wieder genannte Zahl von 'über 200.000' auf einer absolut unseriösen Schätzung beruht, daß die Häufigkeit von Abtreibungen in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich ausgesprochen niedrig ist ..."
4. nach Prof. Dr. phil. Manfred Spieker, Direktor des Instituts für Kirche und Gesellschaft, Universität Osnabrück; vgl. auch: Manfred Spieker: Immer weniger Abtreibungen? Zur Statistik der Schwangerschaftsabbrüche; in: Schriftenreihe der Juristenvereinigung Lebensrecht e.V. Nr. 6, Kölner Universitätsverlag, Köln 1989
5. vgl.: Wilhelm Kuhn (Kassenärztliche Bundesvereinigung): Schwangerschaftsabbrüche: Die Zahl blieb 1988 stabil; in: Deutsches Ärzteblatt, Heft 34/35 vom 28.8.1989, S. 1474

PRO FAMILIA heute

PRO FAMILIA gibt offiziell immer an: "Gründung 1952 in Kassel". Dies ist nicht zutreffend. Aus einer schriftlichen Auskunft des Amtsgerichts Frankfurt/Main unter der Geschäftsnummer 73 VR 5685:

"In obiger Sache wird mitgeteilt, daß der obige Verein am 23.07.1946 in Hamburg unter dem Namen: Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute gegründet wurde (nicht wie von Ihnen angegeben 1952 in Kassel)"¹

Der Verein PRO FAMILIA stellt sich heute zahlenmäßig folgendermaßen dar:

Er hat 6 195 Mitglieder und unterhält 109 Beratungsstellen und sieben Familienplanungszentren (FPZ).² In den Familienplanungszentren werden § 218b-Beratung, Indikationsfeststellung und ambulante Schwangerschaftsabbrüche "Alles unter einem Dach"³ angeboten.

Er gibt als Organ des Vereines alle zwei Monate das *pro familia magazin* heraus.

PRO FAMILIA führt (1987) jährlich ca. 144.000 § 218b-Beratungen in seinen Beratungsstellen durch.⁴ Der PRO FAMILIA-Bun-

desverband ist heute "Hauptberatungsträger"⁵ von Beratung nach § 218b.

Auch betreibt PRO FAMILIA eine kommerzielle "PRO FAMILIA-Vertriebsgesellschaft für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien mbH & Co KG".

Finanzierung:

Der Bundesverband der PRO FAMILIA finanziert seine Tätigkeit zu 73,33% direkt aus öffentlichen Mitteln des Bundes.⁶

Die einzelnen Beratungsstellen bzw. Familienplanungszentren haben zahlreiche zusätzliche Einnahmequellen. So gibt PRO FAMILIA Bremen an:

"(ab 1983) ... gelingt es der PRO FAMILIA BREMEN, ihr umfangreiches Leistungsangebot über die Abrechnung von Krankenscheinen - und zu einem geringeren Teil - über Eigenleistungen von Klientinnen selbst zu finanzieren. Dies entspricht einem Selbstverständnis von möglichst großer finanzieller Unabhängigkeit und damit Vermeidung staatlicher Kontrolle. (...)

Der Senator für Gesundheit zwingt somit die PRO FAMILIA BREMEN, die § 218b-Beratungen auf Kosten des übrigen Informations- und Beratungsangebotes und über die

Einnahmen aus Schwangerschaftsabbrüchen zu subventionieren. (...)

Die Möglichkeit der Subventionierung präventiver Arbeit durch Überschüsse aus Leistungen im medizinischen Bereich (Schwangerschaftsabbrüche) wird zunehmend eingeschränkt durch die stetige Rückläufigkeit der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche."⁷

Die Gründung des Bremer Familienplanungszentrums erfolgte "mit finanzieller und fachlicher Unterstützung der holländischen STI-MEZO, des Dachverbandes der Abtreibungskliniken", wie der damalige Vorsitzende von PRO FAMILIA Bremen Gerhard Amendt schreibt.⁸

Seit 1987 erhält das Bremer PRO FAMILIA-Familienplanungszentrum aus dem Etat des Senators für Gesundheit die Mittel für die § 218b-Beratung.⁹

Weitere Einnahmen hat Pro Familia aus Zuschüssen der Bundesländer, der Städte und Landkreise, aus Bußgeldern¹⁰, sowie zu einem geringen Teil durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. So stammen die knapp 400.000 DM an Einnahmen des Pro-Familia-Ortsverbandes Karlsruhe zu 16,8% aus "Eigenmitteln", zu 28,5% aus Landeszu-

schüssen, zu 43,8% aus Zuschüssen der Stadt Karlsruhe, u. weitere 11% sind Zuschuß des Landkreises

Karlsruhe.¹¹

Grundsätzlich sind Finanzierung

und Richtlinien der § 218b-Beratung landesrechtlich geregelt.

1. Antwortschreiben des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Geschäftsnummer 73 VR 5685, vom 19.03.1991, an Roland Rösler, MdL (Hessen)
2. PRO FAMILIA Jahresbericht 1989, S. 5: dort werden 6 Familienplanungszentren genannt, das siebte kam 1991 hinzu, vgl.: Familienplanungszentrum in Hannover; in: *pro familia magazin* 6/91 PRO FAMILIA INFORMATIONEN, S. 30
3. Bremen: 10 Jahre Beratungszentrum; in: *pro familia magazin* 1/89 - PRO FAMILIA INFORMATIONEN, S. 31
4. idea-Dokumentation 11/90 S.12
5. PRO FAMILIA ZENTRUM Rüsselsheim (Hrsg.): Ein Grund zum Feiern. 10 Jahre PRO FAMILIA Beratungsstelle, 5 Jahre PRO FAMILIA Zentrum. Rüsselsheim 1988, S. 6
6. Berechnung nach PRO FAMILIA-Jahresbericht 1989, S. 41
7. PRO FAMILIA BREMEN: 10 Jahre Beratungszentrum, Bremen 1988, S. 38
8. Gerhard Amendt: Die bestrafte Abtreibung. Argumente zum Tötungsvorwurf. IKARU Verlag, Bremen 1988, S. 92
9. PRO FAMILIA BREMEN: 10 Jahre Beratungszentrum, 1988, S. 38
10. vgl. Raimud Weible: Mit einem unnötigen Prozeß bringt sich Pro Familia in Schwierigkeiten. Nach Vorwürfen wegen falscher Beratung Sorge um öffentliche Zuschüsse; in: Südwestpresse (Ulm) vom 9.11.1990: Eberhard Wolz (PRO FAMILIA Tübingen) und Andrea Kahrens (PRO FAMILIA-Landesvorsitzende Baden-Württemberg) beklagen die "abnehmende Tendenz von Gerichten, Geldauflagen für Straffällige" an PRO FAMILIA zu adressieren; vgl. auch: Matthias Röder: Justiz: Beim Geldsegen hört der Spaß auf. Bis zu 1000 Organisationen wollen vom großen Kuchen der Geldbußen etwas abhaben; in: Badische Neueste Nachrichten vom 9.1.1991
11. Pro Familia, Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung, Ortsverband Karlsruhe e.V.: Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Beratungsstelle im Jahr 1989, S. 15

Die Herkunft von PRO FAMILIA

An dieser Stelle wird ein kurzer historischer Exkurs unternommen, da die hier in knapper Auswahl vorgelegten Denklinien¹ für die Gründung von PRO FAMILIA, IPPF, Population Council und zahlreichen weiteren ähnlichgelagerten Vereinigungen von tragender Bedeutung sind.

1. Malthus, Thomas Robert (1766-1834)

Ein schottischer Pfarrer, der sich auch als "Nationalökonom" betätigte. Malthus vertrat 1798 in seiner Streitschrift "An Essay on the Principle of Population" die Theorie, Armut, Kriminalität und Elend seien unausweichlich, da zwangsläufig das Bevölkerungswachstum größer als der Zuwachs der Nahrungsmittelproduktion sei. Ein zentrales Problem stelle hierbei die zu starke Vermehrung der niederen sozialen Schichten dar. Diese These prägte die Denkschule

des "Malthusianismus", die sich gegen die Sozialpolitik, besonders in der Form der englischen Armengesetze, wandte, da diese die Vermehrung der armen Bevölkerungsschichten begünstige. Das Gedankengut von Malthus lebte später - als die "Geburtenkontrolle" zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Schwang kam - als "Neomalthusianismus" wieder auf. Dieser erwartete eine in seinem Sinne günstige Bevölkerungsentwicklung vor allem von der freizügigen Anwendung von Empfängnisverhütung und Abtreibung.²

2. Darwin, Charles Robert (1809-1882)

Als "Naturalist" stellte Darwin 1842 die Evolutions- und die Deszendenztheorie auf, die er 1859 in seinem Werk "On the Origin of Species by Means of Natural Selection" näher begründete. Durch natürliche Selektion kommt es

nach Darwin zum Überleben der stärkeren und besser angepaßten Species, durch deren Fortpflanzung wiederum zu einer Höherentwicklung der Gesamtheit (Evolution). Sein Werk "The Descent of Man and Selection in Relation to Sex" (1871) legt in der Übertragung der evolutionären Selektionsmechanismen auf - menschliche - soziale und moralische Kategorien den Grund für den "Sozialdarwinismus".³

3. Galton, Francis (1822-1911)

Ein Cousin Darwins; er prägte den Begriff der "Eugenik" (Lehre von der guten Rasse). Galton übertrug die Gedanken Darwins in den Bereich der Sozialpolitik, wobei die Vermehrung des "besseren" Teils der menschlichen Rasse gefördert, die des weniger erwünschten verhindert werden sollte, mit dem Ziel, damit die ganze Rasse quali-

tativ zu verbessern. Im Glauben, daß Begabung erblich sei, strebte er eine Beschleunigung der Evolution durch Zuchtselektion beim Menschen an. Seinen Namen trug das auf seine Anregung hin 1907 in London gegründete "Galton Laboratory of National Eugenics".⁴

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts fanden zahlreiche eugenische und rassehygienische Vereinigungen und Konferenzen Zulauf.

Margaret Sanger, amerikanische Feministin, Gründerin und langjährige Vorsitzende der "Birth Control Ligue" ("Geburtenkontroll-Liga", später umbenannt in "Planned Parenthood Federation of America", Schwesterorganisation der PRO FAMILIA in den USA), war treibende Kraft beispielsweise für die "6. internationale Geburtenkontroll- und neomalthusianische Konferenz" 1921 in New York und die "Weltbevölkerungskonferenz" 1927 in Genf.⁵ Dort traf sie mit Hans Harmsen, dem späteren NS-Rassehygieniker und Gründer von PRO FAMILIA zusammen und begeisterte ihn für die Geburtenkontrolle.⁶

Margaret Sanger gründete 1948 die "International Planned Parenthood Federation (IPPF)", den Dachverband, dem PRO FAMILIA angehört; Hans Harmsen war an der IPPF-Gründung maßgeblich mitbeteiligt.⁷ Die Englische Eugenische Gesellschaft stellte für den Anfang kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung.⁸

Die Begriffe "Eugenik" und "Rassehygiene" wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend synonym verwendet. So gründeten sich in England 1908 die "Eugenics Education Society" und 1910 in den USA das "Eugenics Record Office". Alfred Ploetz, der "Vater

1940

Heft 1

ARCHIV FÜR RASSEN- u. GESELL- SCHAFTS-BIOLOGIE EINSCHLIESSLICH RASSEN- u. GESELLSCHAFTS-HYGIENE.

Zeitschrift für die Erforschung des Wesens von Rasse und Gesellschaft und ihres gegenseitigen Verhältnisses, für die biologischen Bedingungen ihrer Erhaltung und Entwicklung, sowie für die grundlegenden Probleme der Entwicklungslehre

Wissenschaftliches Organ der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene und des Reichsausschusses für Volksgesundheitsdienst

Gegründet von

Prof., Dr. med., Dr. phil. h. c. ALFRED PLOETZ

Herausgeber

Dr. med. AGNES BLUM, Prof. der Anthropologie Dr. E. FISCHER, Prof. Dr. W. GROSS, Leiter des Rassenpolit. Amtes der NSDAP, Staatssekretär a. D. 44 Brigadeführer Dr. A. GÜTT, Prof. für Allgemeine Biologie u. menschliche Abstammungslehre Dr. G. HEBERER, Prof. der Rassenhygiene Dr. F. LENZ, Prof. der Anthropologie Dr. TH. MOLLISON, Dr. jur. A. NORDENHOLZ, Prof. der Hygiene Dr. E. RODENWALDT, Prof. der Psychiatrie und der Rassenhygiene Dr. E. RÜDIN, Oberrichterungsrat Dozent Dr. F. RUTKE, Prof. der Dermatologie Dr. H. W. SIEMENS, Prof. für arische Kultur und Sprachwissenschaft Dr. WALTHER WÜST

Schriftleitung

Prof. Dr. ERNST RÜDIN in München

1940, 54. Band, 1. Heft



J. F. LEHMANNS VERLAG · MÜNCHEN / BERLIN

Ausgegeben am 25. Juni 1940

der deutschen Rassehygiene"⁹, gründete - zusammen mit dem Psychiater Ernst Rüdin - 1905 in Deutschland die "Gesellschaft für Rassenhygiene", zu deren offiziellem Organ die bereits 1904 erstmals erschienene Zeitschrift "Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" (begründet ebenfalls von Alfred Ploetz) wurde.

Die hier wiedergegebene Titelseite

des "Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" zeigt im Kreis der Herausgeber etwa Eugen Fischer, der den PRO FAMILIA-Gründer Hans Harmsen protegierte.¹⁰ Weitere Mitherausgeber sind Gütt, Rüdin und Rutke, die Verfasser des offiziösen Kommentares zu Hitlers "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933.¹¹

1. vgl. auch: Bernhard Schreiber: Geheime Reichssache. Die Männer hinter Hitler. Eine deutsche Warnung an die Welt. Stuttgart, 1972; sowie: Roland Rösler: Der Menschen Zahl oder Das zerstörte Sodom ist euer Land. Christiana-Verlag, Stein am Rhein 1989.
2. vgl.: Brockhaus Enzyklopädie, 17. Aufl., Bd.12, 1971, S. 63
3. vgl.: Brockhaus Enzyklopädie, 17. Aufl., Bd. 4, 1968, S. 331
4. vgl.: Brockhaus Enzyklopädie, 17. Aufl., Bd. 6, 1968, S. 743
5. Dennis Hodgson: The Ideological Origins of the Population Association of America, in: Population and Development Review, Vol. 17, Nr.1, März 1991. Hrsg.: Population Council.
6. Sabine Rupp und Karl Schwarz: Laudatio; in: Hermann Schubnell (Hrsg.): Alte und neue Themen der Bevölkerungswissenschaft. Festschrift für Hans Harmsen. Boppard am Rhein 1981, S. 9
7. Ferdinand Oeter: Der ethische Imperativ im Lebenswerk Hans Harmsens; in: Hermann Schubnell, a.a.O., S. 13
8. Human Life International (HLI) Canada (Hrsg.): Planned Parenthood - Wolf in Sheep's Clothing. Vanier (Canada) 1990
9. Ernst Rüdin: Alfred Ploetz zum Gedächtnis; in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschaftshygiene, 34. Band, Heft 1, Juni 1940, S. 1
10. Ferdinand Oeter, a.a.O., S. 14
11. Artur Gütt, Ernst Rüdin, Falk Ruttke: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 nebst Ausführungsverordnungen. J.F. Lehmanns Verlag, München 1936.

Der Gründer von PRO FAMILIA

Hier zunächst ein Ausschnitt aus dem *pro familia magazin* 1/89:

"Zu den Gründungsmitgliedern der Pro Familia 1952 gehörten einige Ärzte, die sich bereits vor dem 2. Weltkrieg für Familienplanung eingesetzt hatten. So ist es nicht verwunderlich, daß der erste wie auch der zweite Präsident der Pro Familia Ärzte waren (Professor Hans Harmsen von 1952 bis 1967 und Professor Richard Kepp von 1967 bis 1973)."

Hans Ludwig Friedrich Harmsen (1899 - 1988)¹

Harmsen studierte Medizin, Volkswirtschaft und Jura, er promovierte 1924 zum Dr.med. und 1927 zum Dr.phil.

Einer seiner bedeutendsten Lehrer war Alfred Grotjahn, Begründer der deutschen "Sozial-Hygiene", der Harmsen die Anregung gab, sich mit bevölkerungswissenschaftlichen Themen zu befassen.²

Einige Meilensteine im Leben Hans Harmsens:

1925:

Leiter der "Arbeitsgemeinschaft für

Volksgesundung", bis 1940 deren Geschäftsführer³. Harmsen berichtet auf einer "Fachkonferenz für Geburtenregelung" am 25.6.1930 in Berlin über seine "Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung, die den neuen Vorbedingungen für die Bevölkerungspolitik durch ihre wissenschaftliche Erforschung gerecht zu werden suchte".⁴

1926:

Leitender Arzt des Gesundheitswesens der evangelischen Inneren Mission (heute: Diakonisches Werk)⁵.

1926:

Gesundheitsausstellung "Gesolei" in Düsseldorf: Harmsen gestaltet eine Ausstellung über "Eugenik", wo

"... unterstützt durch eindrucksvolle Schaubilder, wissenschaftliche Erkenntnisse in Verbindung mit hierfür besonders bedeutungsvollen Persönlichkeiten in volkstümlicher Weise dargestellt wurden, so das 'Wesen der Vererbung', 'durch Vererbung bedingte Gefahren' (Darwin), 'erb-

biologische Erhebungen' (Mendel), 'wirtschaftliche Förderung der Erbgesunden' (Sir Francis Galton), 'Volksbelehrung' (Max von Gruber), 'Eheberatung' (Schallmeier), 'Begrenzung der Fortpflanzung Erbkranker'.⁶



Hans Harmsen 1967⁷

1927:

Harmsen nimmt an der Weltbevölkerungskonferenz in Genf teil, wo er Margret Sanger kennenlernt, die sein bleibendes Interesse für Familienplanung weckt.⁸

Margaret Sanger, amerikanische

inistin und Eugenikerin, maßgebliche Begründerin (1912), später Präsidentin der "American Birth Control League" (heute "Planned Parenthood Federation of America", die amerikanische IPPF Schwesterorganisation der deutschen Pro Familia) befürwortete 1926 die "Qualitätskontrolle unserer Bevölkerung" u.a. so:

"Es gibt nur eine Antwort auf die Notwendigkeit einer höheren Geburtenrate der Intelligenten, und das ist, von der Regierung zu fordern, als erstes die Bürde der Irren und Schwachsinnigen von unseren Schülern zu nehmen"⁹

1928:

Harmsen fordert eine bessere Erfassung der "Minderwertigen".¹⁰

1931:

Harmsen nimmt als leitender Arzt des Gesundheitswesens der Inneren Mission an einer Konferenz der Leiter der Kranken- und Pflegeanstalten der Inneren Mission in Treysa bei Kassel teil.⁶

In einer ARD-Sendung (1988) wird Harmsen mit folgender Aussage auf dieser Konferenz zitiert:

"Dem Staat geben wir das Recht, Menschenleben zu vernichten, Verbrecher - und im Krieg. Weshalb verwehren wir ihm das Recht zur Vernichtung der lästigsten Existenzen?"¹¹

1931:

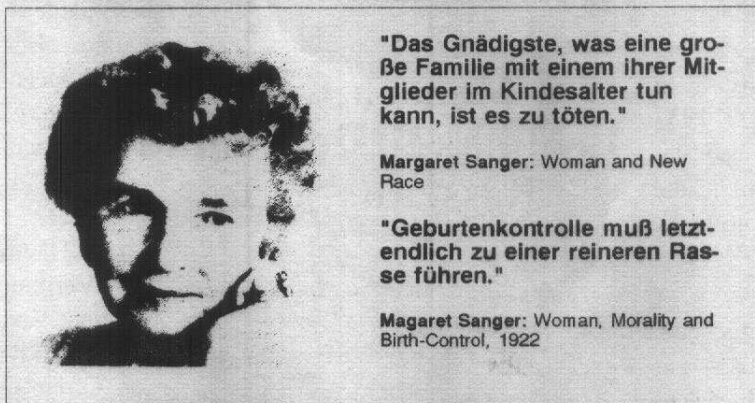
Auf einer Sitzung der "Deutschen Arbeitszentrale für Geburtenregelung", an der u.a. die späteren PRO FAMILIA-Gründer Hans Harmsen und Anne-Marie Durand-Wever teilnehmen, wird festgehalten:

"Besonders wichtig erscheint die *eugenetische Indikation*. Es ist untragbar, daß ein großer Teil der Volkskraft und des Volksver-

mögens für Aufzucht und Erhaltung minderwertiger Elemente verwendet werden muß, die dann Hilfsschulen, Irrenanstalten usw. füllen."

Harmsen führt u.a. aus:

"Ebenso notwendig ist die Fühlungnahme mit den Wohlfahrtsbehörden, um die Mitglieder sozialer Familien, vor allem der Alkoholiker, Psychopathen und Irren, zur Verhütung des Nach-



"Das Gnädigste, was eine große Familie mit einem ihrer Mitglieder im Kindesalter tun kann, ist es zu töten."

Margaret Sanger: Woman and New Race

"Geburtenkontrolle muß letztendlich zu einer reineren Rasse führen."

Margaret Sanger: Woman, Morality and Birth-Control, 1922

wuchses der Geburtenregelungsstelle zuzuführen."¹²

1931:

Harmsen veröffentlicht seine "Praktische Bevölkerungspolitik, ein Abriß ihrer Grundlagen, Ziele und Aufgaben"; gewidmet Alfred Grotjahn.¹³

1931:

In Rom findet ein "internationaler Kongreß für Bevölkerungspolitik" statt. Das "Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschaftshygiene" berichtet:

"Dr. Hans Harmsen, Berlin, stellte in seinem Referat: 'Die Bedeutung der unterschiedlichen Vermehrung erbbiologisch Leistungsfähiger und sozial Minderwertiger für die Zukunft eines Volkes und die Notwendigkeit einer eugenisch orientierten Bevölkerungspolitik' die bekannten eugenischen Lehren dar."¹⁴

1931:

Herausgabe des "Archiv für Bevölkerungspolitik, Sexualethik und Familienkunde" im "Dienst am Leben-Verlag", ab 1934 umbenannt in "Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik"¹⁵

1932:

Habilitationsschrift: "Möglichkeiten und Grenzen angewandter Eugenik"¹⁶

1932:

Harmsen nimmt an Beratungen des Entwurfes eines Sterilisierungsgesetzes teil und betont die Notwendigkeit der eugenischen Sterilisation gegenüber der "Gesamtheit des Volkes".¹⁷

1933:

- 30.1. Hitler wird Reichskanzler
- 23.3. Ermächtigungsgesetz
- 14.7. "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses"

Dieses Gesetz konnte der Machtergreifung so schnell folgen, da die Vorarbeiten längst getan waren. Das Gesetz sieht die freiwillige und zwangsweise Sterilisation "Erbkranker", von Schwachsinnigen und Alkoholikern, sowie eugenische Abtreibungen vor. Erbgesundheitsgerichte wurden den regulären Gerichten (bis zur Ebene der Landgerichte) beigeordnet.¹⁸ Im damaligen offiziellen Standardkommentar von Gütt/Rüdin/Ruttke wird die Sprachregelung der "Schwangerschaftsunterbrechung" getroffen und die eugenische Abtreibung auch damit gerechtfertigt, daß sie "den Wünschen vieler erbkranker Mütter (entspricht), die es als Härte empfinden, ein vielleicht erbkrankes Kind austragen zu müssen".¹⁹

Margaret Sanger war von den Aktivitäten des Dritten Reiches derart angetan, daß sie 1933 in der April-Ausgabe ihrer Zeitschrift "Birth Control Review" einen langen Artikel von Rüdin zum Thema "Eugenische Sterilisation: eine dringende Notwendigkeit" abdrucken ließ.

Die zwangsweise Sterilisation "Minderwertiger" ist aber - was nicht allgemein bekannt zu sein scheint - keine Einzelaktion der Nationalsozialisten gewesen. So wurden beispielsweise in den USA bis zum Jahr 1935 etwa 20.000 zwangsweise Sterilisationen vorgenommen, die Hälfte davon in Kalifornien.²⁰

1935:

Von Harmsen herausgegeben, erscheint "Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Eine Handreichung für die Schulung der in unseren Anstalten und in der Wohlfahrtspflege wirkenden Kräfte".²¹

In Berlin findet vom 26.8.1935 bis zum 1.9.1935 ein "Internationaler Kongreß für Bevölkerungswissenschaft" statt:

"Obwohl Harmsen nicht Pg (Parteigenosse, d.h. Mitglied der NSDAP, d. Verf.) war, setzte Prof. Eugen Fischer durch, daß Harmsen während dieses Kongresses die tägliche Pressekonferenz leitete und in voller Unabhängigkeit den Kongreßbericht herausgeben konnte."²²

Der erwähnte Eugen Fischer, Mitherausgeber des "Archiv für Rassen- und Gesellschaftshygiene", der sich für Harmsen verwandte, war einer der führenden Rassenhygieniker in Hitlers Diensten und Leiter des "Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik". Er war 1932 Mitautor

eines Werkes über "Menschliche Erblchkeitslehre und Rassenhygiene" - siehe die untenstehende Wiedergabe des Titelblattes.

1936:

Harmsen veröffentlicht "Wichtige Entscheidungen zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses".²³

1937:

In zweiter, erweiterter Auflage gibt

Menschliche Erblchkeitslehre und Rassenhygiene

von

Prof. Dr. E. Baur, Prof. Dr. E. Fischer
und Prof. Dr. F. Lenz

Band I:

Menschliche Erblchkeitslehre

Band II:

Menschliche Auslese und
Rassenhygiene
(Eugenik)



J. F. LEHMANN'S VERLAG / MÜNCHEN 1932

Harmsen "Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Eine Handreichung..." heraus.²⁴

Harmsen hat sich auch nach dem Krieg inhaltlich nicht von dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses distanziert.²⁵

Mit offiziellem Datum vom 1. September 1939 kommt der berüchtigte Führererlaß zur Euthanasie:

"Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwort-

tung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Gesundheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.

gez. Adolf Hitler"

Unzählige sterben in den Gaskammern, bis das Programm aufgrund des heftigen Protestes der Kirchen, besonders der katholischen, 1941 eingestellt wird. Erinnert sei hier besonders an den mutigen Einsatz des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, genannt der "Löwe von Münster".²⁶

1946:

In Hamburg wird ein Verein "Vertrauensstelle für Eheleute und Verlobte" gegründet und am 7.11.1946 als eingetragener Verein unter "69 VR 3770" beim Amtsgericht registriert. Vorsitzender wird Hannes Kaufmann.²⁷

1948:

Harmsen ist neben Margaret Sanger Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF - Internationaler Verband für geplante Elternschaft, der Dachverband der PRO FAMILIA). Die Festschrift zu Harmsens 80. Geburtstag gibt dazu die folgende - in bezug auf das Gründungsdatum von PRO FAMILIA nicht zutreffende - Auskunft:

"Nachdem er 1948 Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF) geworden war, deren Ehrenmitglied er heute ist, rief er 1952 die 'Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V.' (Pro Familia) ins Leben".⁸

1952:

Die Mitgliederversammlung des 1946 in Hamburg gegründeten

Vereins "Vertrauensstelle für Eheleute und Verlobte e.V." beschließt am 23.12.1952 die Umbenennung in "PRO FAMILIA Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V.". Aus dem Protokoll: "Der Verein begrüßt die unter besonders maßgeblicher Beteiligung mehrerer seiner Mitglieder im Sommer in Kassel zustandegewordene Gründung eines Vereins: Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie." Man beschließt das Zusammengehen mit diesem Verein. Hans Harmsen wird zum Vorsitzenden, Anne-Marie Durand-Wever und Hannes Kaufmann zu stv. Vorsitzenden gewählt.²⁸ Das *pro familia magazin* 2/92 schreibt:

"1952 gelang es I. Lederer aus Kassel und M. Sanger aus den USA, zwei für Familienplanung sehr engagierten Frauen, mit finanzieller Unterstützung aus den USA für Familienplanung interessierte Personen zu versammeln. Das Ergebnis des Zusammentreffens ist die Gründung der 'Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V.'"²⁹

Einem Buch über "Bevölkerungspolitik in entwickelten Ländern", Kapitel 22 "West-Deutschland", ist dazu zu entnehmen:

"Der deutsche Zweig der International Planned Parenthood Federation wurde 1952 gegründet und nahm unter großen Schwierigkeiten seine Tätigkeit unter dem Namen 'Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie, Pro Familia' auf. Es war beabsichtigt, daß dieser Name das tatsächliche Ziel der Gesellschaft tarnen sollte, da es zu dieser Zeit, besonders von katholischer Seite, starken Widerstand gegen die Verbreitung von Information zur Familienplanung gab."³⁰

Hans Harmsens Anteil daran wird in der Festschrift anlässlich seines 80. Geburtstages 1981 - wobei auch hier das Gründungsdatum von IPPF nicht zutreffend wiedergegeben ist - so geschildert:

"Eines seiner großen Anliegen, die Familienplanung, läßt ihn 1952 zum Mitbegründer der International Planned Parenthood Federation (IPPF) und auch von Pro Familia werden, die er als ihr erster Präsident viele Jahre lang leitete. Die Pro-Familia Information 2/79 ist ihm gewidmet, u.a. mit einem Beitrag von Joan Rettie, bis vor einem Jahr Geschäftsführerin der Region Europa der IPPF, in dem sie die Bedeutung der deutschen Organisation für die ersten Jahre der IPPF und die Beteiligung Harmsens an dieser internationalen Zusammenarbeit schildert."³¹

Harmsen wird 1952 zum ersten Vorsitzenden der PRO FAMILIA gewählt, da er "die besten Voraussetzungen mitbrachte", wie PRO FAMILIA zu seinem 80. Geburtstag schreibt.³²

In diesem Zusammenhang ein weiteres Selbstzeugnis der PRO FAMILIA Bremen von 1988 über PRO FAMILIA:

"Engagierte Ärzte gründeten 1952 in Kassel den Verein PRO FAMILIA.

In vielen Bundesländern wurden Beratungsstellen eingerichtet, in denen idealistisch motivierte Mitarbeiter aus zumeist ärztlichen oder sozialarbeiterischen Berufen Gespräche anboten zu Fragen der Empfängnisregelung. Die Verhütungsberatung von Ärzten war damals weniger auf eine autonome Lebensplanung gerichtet, sondern sie galt vielmehr der Einschränkung unkontrollierter Vermehrung vornehmlich der armen Schichten als mögliche gesellschaftliche Last."³³

Der letzte Satz spiegelt einen der Grundgedanken von Thomas Malthus und insbesondere des Eugenikers Francis Galton wider.³⁴

1952:

Im selben Jahr entsteht der Population Council (Weltbevölkerungsrat), gegründet von John D. Rockefeller III., dessen Rockefeller Foundation maßgeblich zur Finan-

zierung des Population Council beiträgt. Auch die Ford-Stiftung beteiligt sich ab 1952 an der Finanzierung von Familienplanungs- und Bevölkerungsprogrammen; der spätere Präsident des Population Council, Bernard Berelson, ist damals Leiter des Programms über Verhaltensforschung bei der Ford-Stiftung.³⁵

1957:

Die deutsche Pro Familia richtet die Regionale Tagung der IPPF Region Europa, Naher Osten und Afrika aus, an der auch Margaret Sanger teilnimmt und die in Berlin stattfindet:

"Ganz besonders wertvoll für die Deutsche Gesellschaft war die Tatsache, daß der Council - der erweiterte Vorstand der IPPF - seine große jährliche Ratsitzung in Berlin abhielt und unsere Tagung durch die Anwesenheit von Margaret Sanger aus USA, der Präsidentin, und Lady Rama Rau aus Indien, der Vorsitzenden der großen Internationalen Organisation, eine besondere Bedeutung erhielt. Diesem Council gehören Prof. Dr. Dr. Harmsen und Dr. Durand-Wever als deutsche Vertreter an."³⁶

Zum "Deutschen Ehrenkomitee" dieser Tagung gehört u.a. auch Prof. Dr. Mehlan aus Rostock³⁶, der 1963 die DDR-Schwesterorganisation von PRO FAMILIA, die "Sektion Ehe und Familie" gründet. Diese DDR-Organisation nahm laut *pro familia magazin* Einfluß auf einschlägige Entscheidungen des DDR-Regimes wie etwa die Einführung der DDR-Fristenlösung.³⁷

Harmsen ist bis 1984 Ehrenpräsident von PRO FAMILIA und bis zu seinem Tod 1988 Ehrenmitglied der IPPF.

Auslöser für seine Niederlegung der Ehrenpräsidentschaft bei PRO FAMILIA ist eine 1984 veröffentlichte Schrift von H. Kaupen-Haas "Eine deutsche Biographie - der

Harmsen nicht mehr Ehrenpräsident

Mitteilung des Bundesvorstandes

Die Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e. V. teilt mit, daß Professor Dr. Dr. Hans Harmsen das Amt des Ehrenpräsidenten niedergelegt hat. Hans Harmsen hat 1952 die Pro Familia mitbegründet, war in den ersten zehn Jahren ihr Präsident und danach Ehrenpräsident des Verbandes. Hans Harmsen hat mehr als dreißig Jahre die Entwicklungen und Entscheidungen der Pro Familia mitgestaltet und mitgetragen.

Anlaß für den Rücktritt von Professor Harmsen war Kritik an seinen Veröffentlichungen und Tätigkeiten als Bevölkerungswissenschaftler und Sozialhygieniker in den Jahren 1920 bis 1945. Festgemacht wird diese Kritik an Veröffentlichungen von Harmsen, die Anfang dieses Jahres bekannt wurden. Danach vertrat Harmsen damals Positionen, die heute im Verband verurteilt werden. Pro Familia lehnt jeden staatlichen Eingriff – etwa aus bevölkerungspolitischen oder rassistischen Gründen – in das Recht der und des Einzelnen auf Familienplanung ab.

Obwohl anfänglich von beiden Seiten gewünscht, kam wegen einer späteren Ablehnung von Professor Harmsen ein klärendes Gespräch zwischen ihm und Mitgliedern des Bundesvorstandes nicht zustande.

Zu dieser Auseinandersetzung wurde Pro Familia erst von außen veranlaßt; sie hat es bisher versäumt, sich mit ihrer eigenen Geschichte, die von vielen Personen getragen wurde, gründlicher zu befassen. Auch das Verhältnis zur Bevölkerungspolitik und deren Geschichte sowie die Veränderungen und Weiterentwicklungen der eigenen gesundheits- und sexualpolitischen Ziele bedürfen weiterhin einer systematischen Klärung.

Diese Einsicht hat den Verband veranlaßt, eine Fachtagung im Juni 1985 zu veranstalten, die diese längst fällige Klärung einleiten soll. Die Tagung wird sich mit den historischen, internationalen und nationalen Aspekten von Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik im Verhältnis zur Familienplanungsarbeit befassen.

Daß, wie das *pro familia magazin* 6/84 behauptet, PRO FAMILIA erst Anfang 1984 Kenntnis von Harmsens sozialdarwinistischem, rassehygienischen und bevölkerungspolitischen Engagement vor und während des Dritten Reiches erhielt, erscheint anhand der vorgestellten Quellen unglaublich, insbesondere unter Berücksichtigung der in der Festschrift anlässlich Harmsens 80. Geburtstages genannten Fakten.

Hier ist der in Anmerkung 15 erwähnte Klappentext wiedergegeben, der den Kreis der Herausgeber der rassehygienischen Zeitschrift "Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik", begründet von Hans Harmsen 1931, vorstellt.

Ein Vergleich mit den Herausgebern der Zeitschrift "Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" zeigt eine personelle Verflechtung, der Professor der Statistik und Bevölkerungspolitik Burgdörfer, der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Groß, SS-Brigadeführer Gütt und Ruttko wirkten gleichzeitig bei beiden Zeitschriften als Herausgeber mit.

Archiv für Bevölkerungswissenschaft (Volkskunde) und Bevölkerungspolitik

Herausgeber:

Dr. F. Burgdörfer, Direktor der Bevölkerungsstatistischen Abteilung beim Statistischen Reichsamt · Dr. W. Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP · Dr. A. Günz, Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern · Dr. med., Dr. phil. H. Harmsen, Berlin · Dr. A. Kraemer, Reichsanährungsamt, Berlin · Dr. F. Ruttko, Direktor der Hauptabteilung I im Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst · Dr. H. Zeiss, Professor für Hygiene an der Universität Berlin

Schriftleitung:

Kurt Vowinkel und Dr. Elisabeth Pfeil

Manuskripte an Dr. Elisabeth Pfeil, Berlin-Grunewald, Taunusstraße 5 · Fernsprecher H 9, 4522

Für unverlangt eingehende Zusendungen übernehmen wir keine Verpflichtung oder Haftung

VI. Jahrgang · Heft 1 · Februar 1934

Es erscheinen jährlich 6 Hefte zu 64 Seiten · Das einzelne Heft kostet RM. 2.-, der Jahrgang RM. 10.-

Anschriften der Mitarbeiter

Dr. Hans Harmsen, Berlin-Dahlem, Schwendener Straße 15 — Dr. J. Hartwig, Lübeck, Staatsarchiv, Königsstr. 21 — Dr. Günther Hecht, Zoologisches Institut der Universität Berlin N 4, Invalidenstr. 43 — Hofrat i. R. Dr. Wilhelm Hecke, Wien 18, Gensgasse 12 — Lehrer Josef Müller, Sulzthal, Unterfranken — Amtsarzt Dr. Franz Riedl, Bad Groß-Ullersdorf, Mähren, Tschechoslowakei — Dr. Johannes Schottky, Berlin W 35, Reichsanährungsamt, Tiergartenstr. 2 — Aloys Simonis, Hygienisches Institut der Med. Akad., Düren, Dürenstr. 109

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

1. vgl. z.B.: Wer ist Wer? Das deutsche Who's Who, 1974/1978; oder: Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender, 1980. Die dortigen Angaben beruhen auf Selbstauskünften, daher erstaunt es kaum, daß die rassehygienischen und bevölkerungspolitischen Aktivitäten Harmsens keine Erwähnung finden.
2. Sabine Rupp und Karl Schwarz: Laudatio; in: Hermann Schubnell (Hrsg.): Alte und neue Themen der Bevölkerungswissenschaft. Festschrift für Hans Harmsen. Boppard am Rhein, 1981; S. 9
3. ebd.
4. Fachkonferenzen für Geburtenregelung; in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft, Sexualethik und Familienkunde, 1931, S. 72 ff., Hrsg.: Hans Harmsen. Ausführlicher Bericht ebenfalls in: Medizinische Welt, Heft 12/1931.
5. Ferdinand Oeter: Der ethische Imperativ im Lebenswerk Hans Harmsens; in: Hermann Schubnell (Hrsg.): Alte und neue Themen der Bevölkerungswissenschaft. Festschrift für Hans Harmsen. Boppard am Rhein, 1981, S. 11 ff
6. Ferdinand Oeter, a.a.O.. S. 12 f
7. aus: Akademie für Staatsmedizin in Hamburg (Hrsg.), Gegenwartsprobleme unseres Gesundheitswesens 1946-1967, Hamburg, 1967
8. Sabine Rupp und Karl Schwarz, a.a.O.
9. Dennis Hodgson: The Ideological Origins of the Population Association of America; in: Population and Development Review, Vol. 17. Nr. 1, März 1991, Hrsg.: Population Council. (Übers. d. Verf.)
10. Sabine Schleiermacher: Hans Harmsen's hierarchisches Gesellschaftsmodell: Auszüge einer sozialdarwinistischen Familienpolitik, 1988, abgedruckt im *pro familia magazin* 1/90, S. 28 f
11. ARD: Alles Kranke ist Last, 26.7.1988
12. Deutsche Arbeitszentrale für Geburtenregelung; in: Archiv für Bevölkerungswissenschaft, Sexualethik und Familienkunde, 1931, S. 145 ff., Hrsg.: Hans Harmsen. Auf der genannten Tagung meldet sich auch mehrfach Frau Durand-Wever zu Wort, die später zusammen mit Harmsen und anderen die Pro Familia gründete. Nachw. ebd.
13. vgl. Sabine Schleiermacher, a.a.O.
14. Werner Berger: Notizen. Internationaler Kongreß für Bevölkerungspolitik in Rom; in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschaftshygiene, 26. Band, 1932, S. 90 ff.; vgl. auch Ferdinand Oeter, a.a.O.
15. Ferdinand Oeter a.a.O.; nebenstehend ist ein zeitgenössischer Klappentext wiedergegeben, der den Personenkreis der Herausgeber des Archives aufzeigt.
16. Ferdinand Oeter, a.a.O., S. 14
17. Sabine Schleiermacher, a.a.O.
18. Artur Gütt, Ernst Rüdin, Falk Rutke: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 nebst Ausführungsverordnungen. München 1936. Dies ist der offiziöse Standardkommentar zu Hitlers erstem eugenischen Gesetzeswerk. Gütt, Rüdin und Rutke gehören auch dem Kreis der Herausgeber des "Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie" an. Gütt und Rutke sind neben Harmsen ab 1934 Mitherausgeber des "Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik".
19. ebd. S. 258 und 259
20. John Caldwell, Pat Caldwell: Limiting Population Growth and The Ford Foundation Contribution. Copyright The Ford Foundation 1986, Dover 1986, S. 8 und Nachweis ebd.: K.M. Ludmerer: Genetics and American Society. A Historical Appraisal, Baltimore, 1975, S. 95; vgl. auch: Dennis Hodgson: The Ideological Origins of the Population Association of America, in: Population and Development Review Vol. 17, Nr. 1, 3/91, S. 11; vgl. auch: Collected Papers on Eugenic Sterilization in California. A Critical Study of Results in 6000 Cases. The Human Betterment Foundation (Hrsg.). Pasadena, California 1930; sowie eine "kritische Besprechung" dazu in: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, 25. Band, 1931
21. Deutscher Gesamtkatalog/Neue Titel 1935-1939, Berlin 1940, S. 2137
22. Ferdinand Oeter, a.a.O., S. 14
23. Hans Harmsen: Wichtige Entscheidungen zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, Schriftenreihe des Evangelischen Gesundheitsdienstes, Berlin-Dahlem 1936
24. Deutscher Gesamtkatalog/Neue Titel 1935-1939, Berlin 1940, S. 2137
25. Sabine Schleiermacher, a.a.O., bes. die dortige Anm. 20)
26. vgl. Brockhaus Enzyklopädie, 1968, Bd. 6, S. 724; eine lesenswerte Darstellung der Einbindung von Teilen der Ärzteschaft, der Juristen und der Verwaltung in die Erbgesundheitspolitik der NSDAP, bis hin zur planmäßigen Vernichtung von Menschen, sowie des Widerstandes dagegen, gibt das Buch von Christian Ganssmüller: Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reiches. Planung, Durchführung und Durchsetzung. Böhlau Verlag, Köln/Wien, 1987.
27. Niederschrift vom 7.11.1946, Amtsgericht Hamburg, Abt. 69, Vereins- und Güterrechtsregister
28. Niederschrift der Mitgliederversammlung des Vereins "Vertrauensstelle für Eheleute und Verlobte e.V." vom 23.12.1952
29. Susanne Zimmermann: Die wichtigsten Stationen der Verbandsentwicklung; in: *pro familia magazin* 2/92, S. 9 ff

30. Hermann Schubnell in: Bernard Berelson (Hrsg.): Population Policy in Developed Countries, 1974 (Übers. d. Verf.). Hermann Schubnell ist 1981 Herausgeber der Festschrift für Hans Harmsen, vgl. Anm. 2)
31. Sabine Rupp und Karl Schwarz, a.a.O.
32. Pro Familia Informationen 2/79
33. pro familia Bremen: 10 Jahre Beratungszentrum, 1988, S. 31
34. vgl. Dennis Hodgson a.a.O., S. 10: Da man eine starke Korrelation zwischen sozialer Schicht und Begabung sah, befürchtete man einen "biologischen Niedergang" der Bevölkerung, wenn sich die sozial niederen Schichten weiterhin unkontrolliert vermehrten.
35. John Caldwell, Pat Caldwell, a.a.O., S. 34; zu den sozialdarwinistischen Vorstellungen Berelsons ist interessant: B. Berelson: Geburtenkontrolle. Folgerungen, Tendenzen, Aussichten. Mehr als Familienplanung. Referat gehalten auf der "Internationalen Konferenz für Familienplanung" in Dacca (Bangladesch) vom 28.1. bis 4.2.1969. Berelson schlägt dort neben freiwilligen Methoden der Geburtenkontrolle auch eine ganze Palette unfreiwilliger Maßnahmen vor, so u.a. die "Zuführung zeitweiliger Sterilisationsauslöser im Trinkwasser oder in den Hauptnahrungsmitteln" sowie die "Abtreibung aller rechtswidrigen Schwangerschaften" (S. 3).
36. Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V.: Tätigkeitsbericht, gezeichnet: Dr. Anne-Marie Durand-Wever, 1958, bei den Akten des Amtsgerichts Hamburg zu Vereinsregister Nr. 69 VR 3770, Blatt Nr. 67 ff.
37. *pro familia magazin* 2/91, S. 12/13
38. Heidrun Kaupen-Haas: Eine deutsche Biographie - der Bevölkerungswissenschaftler Hans Harmsen; in: Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas, Karl-Heinz Roth: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg, 1984; obwohl diese Veröffentlichung Harmsen veranlaßte, die Ehrenpräsidentschaft niederzulegen, wird in einer Besprechung dieses Buches im *pro familia magazin* 2/85, S. 19, mit keinem Wort erwähnt, welchen Anteil der PRO FAMILIA-Gründer Hans Harmsen am "Heilen und Vernichten" in Hamburg hatte - immerhin ist ihm ein ganzes Kapitel gewidmet; vgl. auch Sabine Schleiermacher, a.a.O.

PRO FAMILIA: pro Abtreibung

PRO FAMILIA Bremen firmiert auf Broschüren so:

PRO FAMILIA BERATUNGSZENTRUM
Institut für Familienplanung und
Schwangerschaftsabbruch
Stader Straße 35 · 2800 Bremen 1
Telefon 04 21/49 10 90

Die PRO FAMILIA Bremen hatte 1979 unter Führung des marxistischen Soziologen und Politologen Gerhard Amendt¹, von 1976 bis 1984 Vorsitzender der Bremer PRO FAMILIA, das erste "Familienplanungszentrum" eröffnet. Amendt selbst berichtet darüber:

"Angesichts der vergeblichen Versuche, die Bremer Verhältnisse an Kliniken und Praxen durch Informationen und Gesetzesaufklärung zu verbessern, entschloß ich mich mit einem neuen

Team politisch engagierter Mitarbeiter/innen der Bremer Pro Familia, die Möglichkeiten des Gesetzes selbst zu nutzen: Wir planten und realisierten mit finanzieller und fachlicher Unterstützung der holländischen STIMEZO, des Dachverbandes der Abtreibungskliniken, ein eigenes Beratungszentrum."²



Familienplaner Gerhard Amendt, Abtreibungsoffer
"Freigabe der Abtreibung ist Politik zum Wohle des Kindes"

Der Satzung der PRO FAMILIA Bremen in der Fassung vom 25.4.1980, unterzeichnet von Gerhard Amendt und Barbara Knieper, ist zu entnehmen:

§ 2 (Zweck des Vereins)

- (1) PRO FAMILIA ist auf dem Gebiet der Sexualberatung und Familienplanung tätig; sie dient der Partnerschaft und der Familienplanung nach dem Grundsatz, daß jedes Kind ein unveräußerliches Recht hat, erwünscht zu sein. PRO FAMILIA leistet einen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung und zur gesellschaftlichen Entwicklung durch Partnerschaftsberatung, Familienplanung, Eltern- u. Erziehungsberatung und bekämpft den illegalen Schwangerschaftsabbruch.

- (2) Zu den Aufgaben der PRO FAMILIA gehören deshalb auch die Förderung der Sexualerziehung, der Sexualberatung, die Hilfe zur verantwortungsbewußten Elternschaft, die Beratung über Empfängnis, die Beratung bei Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikten sowie Hilfen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Sterilisation.

Eine sicher authentische Interpretation des "Grundsatzes, daß jedes Kind ein unveräußerliches Recht hat, erwünscht zu sein" wird von Gerhard Amendt gegeben:

"Es ist bezeichnend für das gesellschaftliche Verhältnis zu den Kindern, daß die Frage verdrängt wird, was es für sie bedeutet, wenn sie gegen den Willen einer Frau und eines Mannes letztlich doch geboren werden; denn das Recht der Kinder, erwünscht zu sein, ist so lange nicht verbürgt, wie Frauen und Männer die Familienplanung nicht mit Hilfe der Abtreibung gestalten können."³

In der Elternzeitschrift "Elternhaus und Schule" schreibt Gerhard Amendt im November 1990:

"Die Erziehung von Kindern wird immer konfliktreich bleiben. Aber es gibt Konfliktanlässe, deren Ursachen wir in der Zwischenzeit nur allzugut kennen. Dazu gehört ein Strafrecht, das Frauen und ihren Partnern das Recht verweigert, autonom Familienplanung zu betreiben. Und das schließt selbstverständlich das Recht ein, eine Schwangerschaft zu beenden, wenn eine Frau alleine oder gemeinsam mit ihrem Partner das wünscht."⁴

Amendt kommt zum Resümee:

"Die Forschung zum Leben unerwünschter Kinder zeigt eines: Die frei verfügbare Abtreibung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Kindern das schwere Los erspart bleibt, unerwünscht leben zu müssen. Die Freigabe der Abtreibung ist Politik zum Wohle des Kindes."⁴

Auf einer Veranstaltung der Volkshochschule Neustadt/Weinstraße "PRO FAMILIA - eine In-

stitution stellt sich vor" am 13.3.1991 wurde von einer Frau aus dem Publikum die Frage gestellt, wie PRO FAMILIA zum Grundsatz, daß jedes Kind ein unveräußerliches Recht habe, erwünscht zu sein, heute stehe. Auf mehrfaches Nachfragen bestätigte die Landauer PRO FAMILIA-Beraterin Angelika Anzlinger mehrfach, daß die "Unerwünschtheit" für PRO FAMILIA eine soziale Notlagenindikation begründe.

Bereits 1979 hat Gerhard Amendt zusammen mit zwei seiner Mitarbeiter in einem "Offenen Brief" an den Präsidenten des Deutschen Ärztetages, Dr. Karsten Vilmar, im Namen von PRO FAMILIA Bremen im Deutschen Ärzteblatt seine Auffassungen über "Unerwünschtheit" dargelegt:

"Pro Familia arbeitet mit Ärzten zusammen, die Frauen in der Notlage einer unerwünschten Schwangerschaft helfen. Diese Ärzte handeln im Bewußtsein der Voraussetzungen, unter denen eine gelingende Kindererziehung möglich ist.

Es gibt zahlreiche - bezeichnenderweise ausländische - Untersuchungen über die psychischen und sozialen Beeinträchtigungen, denen unerwünschte Kinder ausgesetzt sind: Diese Kinder haben es in der Regel nicht nur schwerer, sie sind öfter krank als gewünschte Kinder; nicht wenige sind in ihrer psychischen Entwicklung beeinträchtigt, viele werden in die Kriminalität getrieben oder in anderer Form sozial auffällig und geraten damit in die Heimerziehung.

Wissenschaftliche Untersuchungen lassen auch keinen Zweifel daran, daß die erzwungene Austragung von Schwangerschaften sowohl für die unerwünscht zur Welt gebrachten Kinder wie ihre Eltern und letztlich auch für die Gesellschaft nachteilig ist."⁵

Gerhard Amendt und Michael Schwarz haben 1980 im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine Literaturstudie über die "Sozialisation unerwünschter Kinder" erstellt,

die aber nie veröffentlicht wurde, auch - sogar - nicht zur Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition.⁶

Diese "Literaturstudie" haben Amendt und Schwarz 1990 wiederum zur Grundlage eines Buches "Das Leben unerwünschter Kinder" gemacht⁷, wofür sie dann die Presseöffentlichkeit suchten - mit Erfolg.⁸

Auch in einer Großen Anfrage der GRÜNEN im Bundestag zur "Sozialisation unerwünschter Kinder" wurde 1990 auf die Thesen von Gerhard Amendt und auf Amendt selbst ausdrücklich Bezug genommen. Die Antwort der Bundesregierung allerdings wies diese Thesen als wissenschaftlich unhaltbar zurück.⁹

Familienplanungszentren: Das Bremer Konzept

"Etwa 77% aller gemeldeten Abbrüche in der BRD werden in Pro Familia-Zentren vorgenommen."¹⁰

Das von Amendt in Bremen konzeptionierte "Familienplanungszentrum" wurde für PRO FAMILIA zum Modell für weitere "Familienplanungszentren", wo Abtreibung "ausdrücklich als Bestandteil der Beratungskonzeption" verstanden wird. Im oben bereits erwähnten "Offenen Brief" an den Präsidenten des Deutschen Ärztetages, Dr. Karsten Vilmar, wehrt sich Amendt im Namen der PRO FAMILIA BREMEN gegen die Kritik des Deutschen Ärztetages am Konzept der PRO FAMILIA BREMEN:

"Wir sehen hierin die Einleitung einer Kampagne, mit der die Beschlüsse der Bundesarbeits-tagung der Pro Familia zu den Perspektiven des Verbandes hintertrieben werden sollen. Mit diesen Beschlüssen wird fast einstimmig das Bremer Konzept der integrierten Familienplanung und

Sexualpädagogik angenommen, das ausdrücklich den Schwangerschaftsabbruch als Bestandteil der Beratungskonzeption versteht. Alle Landesverbände wurden durch Beschluß aufgefordert zu prüfen, ob diese Konzeption bundesweit zu verwirklichen ist. Die Beschlüsse des Ärztetages stehen im Widerspruch zu den Perspektiven der Pro Familia. Daß der Ärztetag auch hier sich gegen international erprobte Tendenzen der Familienplanung stellt, sei nur am Rande vermerkt.¹⁵

Die Bundesarbeitstagung 1979 der PRO FAMILIA hatte das "Bremer Konzept", wie von Amendt geschildert, angenommen. Nach dem Bremer Modell entstanden weitere Familienplanungszentren. PRO FAMILIA BREMEN berichtet:

"In Anlehnung an das Modell PRO FAMILIA BREMEN sind bis heute die PRO FAMILIA-Zentren Hamburg, Rüsselsheim, Kassel und Saarbrücken entstanden. Bielefeld konnte nach langer Planungsphase nicht realisiert werden. Das Zentrum Gießen wird demnächst seine Arbeit beginnen."¹¹

In einem 1978 von PRO FAMILIA Bremen herausgegeben Buch begründet Amendt nochmals:

"Als Beratungsinstanz verhält sich Pro Familia konsequent, wenn sie in Fällen fehlgeschlagener Empfängnisverhütung Frauen durch einen technischmedizinisch einwandfreien Schwangerschaftsabbruch und eine humane Behandlung hilft."¹²

Die PRO FAMILIA Rüsselsheim berichtet in ihrer Festschrift 1988 über ihre eigenen Anfänge:

"Das Bremer Beispiel hatte gezeigt, daß PRO FAMILIA auch Hilfe für die Frauen anbietet, wenn es um die praktische Umsetzung des § 218 geht."¹³

Unter der Überschrift "Das PRO FAMILIA Zentrum Rüsselsheim entsteht" wird weiterhin berichtet:

"... zur Sexualberatung und Familienplanungsarbeit gehören Bera-

tung und Behandlung. Wir verstanden auch den Schwangerschaftsabbruch als einen Bestandteil einer umfassenden Familienplanungsarbeit. Die Beratungsstelle sollte um den medizinischen Bereich erweitert werden. So reifte bei uns im Team nach längeren Diskussionen und Überlegungen der Entschluß, ein FAMILIENPLANUNGSZENTRUM aufzubauen.

In diesem Zentrum sollte ALLES UNTER EINEM DACH möglich sein: Indikationsfeststellung, soziale Beratung (§ 218b) und der ambulante Abbruch sowie die Nachsorge. Ziel ist den ungewollt schwangeren Frauen weite und mehrfache Instanzenwege zu ersparen - Beratung und Indikation ohne jegliche Diskriminierung oder moralischen Druck, - der Abbruch unter besten medizinischen und schonendsten Bedingungen, durchgeführt von einer/m erfahrenen Ärztin/Arzt.

Die politischen Voraussetzungen dafür waren günstig: die hessische sozialliberale Landesregierung hatte sich schon 1978 für eine derartige Einrichtung in Hessen ausgesprochen, und die PRO FAMILIA als Hauptberatungsträger hatte 1980 erklärt (Vorbild waren die PRO FAMILIA Familienplanungszentren in Bremen und Hamburg), in Hessen ein Modell eines Familienplanungszentrums zu entwickeln und die Planung mit zu unterstützen.¹⁴

Der PRO FAMILIA-Bundesverband unterstützte in der Konfrontation mit dem Deutschen Ärztetag die Linie der PRO FAMILIA BREMEN. Die Kritik von Prof. Dr. med. Peter Petersen, Hannover, und Dr. med. Ingeborg Retzlaff (der Ghostwriterin des sog. Dritten Weges von Frau Süßmuth), beide Mitglieder der PRO FAMILIA und Mitglieder des Kuratoriums der PRO FAMILIA, an den "Klassenkampfparolen" von Amendt wurde von PRO FAMILIA "verurteilt".¹⁵

Noch heute ist Gerhard Amendt hochangesehenes PRO FAMILIA-Mitglied. Im November 1991 wurde er zu einem Referat über "Einige blinde Flecken in der Ab-

treibungsdebatte" anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der PRO FAMILIA Bonn eingeladen. Dort brachte er seine bekannte Kritik an der "Definition der Abtreibung als Tötungsakt" und seine Thesen über unerwünschte Kinder erneut zu Gehör.¹⁶

Abtreibung - Mittel zur Familienplanung

Der PRO FAMILIA-Bundesverband leitet in seinem "Standpunkt Schwangerschaftsabbruch" das Recht auf Abtreibung aus der Menschenrechtsdeklaration her und erklärt gleichzeitig Abtreibung zu einem Mittel der Familienplanung:

"PRO FAMILIA ist dem 1968 von den Vereinten Nationen deklarierten Menschenrecht auf Familienplanung verpflichtet. Danach ist es in die Freiheit der einzelnen Personen und Paare gestellt, selbst verantwortlich über die Zahl der Kinder und den Abstand zwischen den Geburten zu entscheiden. Da es bisher kein Patentrezept für Schwangerschaftsverhütung gibt, muß das Menschenrecht auf Familienplanung auch das Recht ungewollt schwangerer Frauen einschließen, zu entscheiden, ob sie ihre Schwangerschaft fortsetzen oder abbrechen lassen."¹⁷

Und weiter unten, unter der Zwischenüberschrift "Legal der Schwangerschaftsabbruch muß möglich sein":

"PRO FAMILIA sieht daher grundsätzlich in der Möglichkeit des legalen Schwangerschaftsabbruchs einen wesentlichen und unverzichtbaren Zuwachs an Autonomie der Frauen.

Nicht die Legalität des Schwangerschaftsabbruchs sondern sein Verbot - etwa bei Nötigung oder Durchführung ohne Einwilligung der Frau - soll den Ausnahmefall darstellen."¹⁷

1984 hat der PRO FAMILIA-Bundesverband eine Neuformu-

lierung des § 2 (Ziele) seiner Satzung getroffen, der Schwangerschaftsabbruch ist seither ein satzungsgemäßer Vereinszweck.

Satz 1 in der neuen Fassung definiert die "Sexualberatung" und die "Familienplanung" als die Tätigkeitsbereiche von PRO FAMILIA. Da der Schwangerschaftsabbruch mit Sicherheit nicht unter die "Sexualberatung" fällt, ist aus dem Wortlaut der PRO FAMILIA-Satzung zu schließen, daß PRO FAMILIA Abtreibung zur "Familienplanung" zählt.

Ein Grund für die Neuformulierung könnte sein, daß nach überwiegender Auffassung von Fachjuristen¹⁸ die im reformierten § 218 ff festgelegten Indikationen zwar Strafausschließungsgründe, nicht aber Rechtfertigungsgründe darstellen. Damit ist eine indizierte Abtreibung rechtswidrig ("illegal"), wenn auch straffrei. So hat auch das Bayerische Oberste Landesgericht im Frühsommer 1990 entschieden. Das ist, da bislang kein Urteil einer höheren Instanz vorliegt, die momentan höchstinstanzliche Entscheidung.¹⁹

Dies bringt auch Schwierigkeiten mit der Krankenkassenfinanzierung, da der § 200 f Reichsversicherungsordnung festlegt, daß "nicht rechtswidrige" Schwangerschaftsabbrüche von den Kassen bezahlt werden.

PRO FAMILIA Bremen zählt zu den "Themen für die Pro Familia-Arbeit"

"... Fragen zur Familienplanung (wie z.B. Sterilisation, Schwangerschaftsabbruch und Kinderwunsch)..."²⁰

Das *pro familia magazin* 3/91 veröffentlicht eine "Stellungnahme" des Ost-Berliner Landesver-

Pro Familia formuliert Ziele neu *Ergebnisse der Mitgliederversammlung mit Fachtagung*

Während der Mitgliederversammlung des Pro Familia-Bundesverbandes Ende Mai in Rummelsberg hatten die 80 Delegierten aus den zehn Landesverbänden ein umfangreiches Programm zu bewältigen. Wichtigstes Ergebnis ist eine Satzungsänderung in der die Ziele des Verbandes neu formuliert sind. Außerdem wurde für die nächsten zwei Jahre ein neuer Vorstand gewählt. Der Mitgliederversammlung schloß sich die Bundesarbeitstagung an.

Die wesentliche Änderung in der Satzung geht aus der Gegenüberstellung der Aussagen zu den Zielen in § 2 hervor:

Nach ausführlicher Diskussion unterschiedlicher Textvorschläge war die Mehrheit der Delegierten der Ansicht, daß die

wesentlich kürzere Fassung den Landesverbänden einen breiteren Spielraum einräume. Die frühere Fassung war den Delegierten zu detailliert und zugleich zu unvollständig, zumal sie aus einer Zeit vor der Änderung des § 218 StGB stammt.

Alte Fassung:

1. *Pro Familia* ist auf dem Gebiet der Sexualberatung und Familienplanung tätig; sie dient damit der Familie und dem verantwortungsbewußten Willen zum Kinde. *Pro Familia* leistet einen Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung und zur gesellschaftlichen Entwicklung durch Ehe- und Partnerschaftsberatung, Familienplanung, Eltern- und Erziehungsberatung und bekämpft den illegalen Schwangerschaftsabbruch.

2. Zu den Aufgaben der *Pro Familia* gehören deshalb insbesondere die Förderung der Sexualerziehung, der Sexualberatung, die Hilfe zur verantwortungsbewußten Elternschaft, die Beratung über Empfängnisregelung, die Beratung bei Kinderlosigkeit sowie die Beratung bei Schwangerschaft und Schwangerschaftskonflikten.

Neue Fassung:

1. *Pro Familia* ist auf dem Gebiet der Sexualberatung und Familienplanung tätig. Zu den Aufgaben der *Pro Familia* gehören insbesondere die Beratung über Empfängnisregelung, die Partnerschafts- und Sexualberatung, die Beratung bei Schwangerschaft sowie medizinische Dienstleistungen, wie zum Beispiel Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch.

bandes, der u.a. verlautbart:

"In den neuen Bundesländern ist das Recht auf Familienplanung einschließlich Geburtenregelung durch die unentgeltliche Vergabe hormonaler und intrauteriner Kontrazeptiva sowie durch die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches bis zur vollendeten 12. Schwangerschaftswoche seit 1972 durchgesetzt.

Dieses Recht gilt es zu schützen. 'Ehe und Familie' - als Dachverband seit 1968 Mitglied der Region Europa der IPPF (International Planned Parenthood Federation) - ist wie ihre Schwesterorganisation *Pro Familia* dem 1968 von den Vereinten Nationen deklarierten Menschenrecht auf Familienplanung verpflichtet. Danach ist es der einzelnen Frau oder dem einzelnen Paar überlassen, eigenverantwortlich über die An-

zahl, den Zeitpunkt und die Abstände von Geburten zu entscheiden.

Familienplanung als Menschenrecht muß, da ungewollte Schwangerschaften nicht absolut vermeidbar sind, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch einschließen."²¹

Dieses Recht, das es zu schützen gilt, das "Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft" vom 9.3.1972, trägt die Unterschrift von Walter Ulbricht, dem Vater der innerdeutschen Mauer. Der Artikel im *pro familia magazin* schließt:

"Schwangerschaftsverhütung durch unentgeltliche Antikonceptiva (angefangen vom Präservativ bis hin zur Pille und Spirale), die Freigabe des Antiprogestérons

RU-486 als schonendes pharmakologisches Verfahren zur Beendigung einer Frühschwangerschaft sowie eine Fristenregelung zum legalen Schwangerschaftsabbruch (als ungünstigste, aber unverzichtbare Möglichkeit) müssen als Methoden der Familienplanung endlich auch in der Bundesrepublik Deutschland zum Menschenrecht erhoben werden."²¹

Auch im PRO FAMILIA Jahresbericht 1989 wird die Abtreibungspille RU 486 in direkten Zusammenhang mit Familienplanung gestellt:

"Weiterhin fand auf Initiative des PRO FAMILIA-Bundesverbandes eine gemeinsame Expertentagung mit der IPPF und der WHO über die Einsatzmöglichkeiten von RU 486 in der Familienplanungsarbeit statt."²²

Die International Planned Parenthood Federation (IPPF), der internationale Dachverband von PRO FAMILIA, berichtet ihrerseits über diese "Expertentagung" in ihrem Jahresbericht 1989/90:

"IPPF Region Europa hielt eine Arbeitstagung zur Diskussion der Auswirkungen von RU 486 auf die Arbeit von Vereinigungen und seine Bedeutung für die Familienplanungsbewegung ab. Die Versammlung entwickelte Strategien für die Vereinigungen, um einen Beitrag zur Sicherstellung zu leisten, daß RU 486, vom französischen Gesundheitsminister als 'das moralische Eigentum der Frauen' bezeichnet, so weitgehend als irgend möglich zugänglich wird."²³

PRO FAMILIA Bremen beschreibt ihre Position zur Abtreibung in ihrer Festschrift zum zehnjährigen Bestehen des Familienplanungszentrums (die Unterstreichungen sind im Original vorhanden, keine Hervorhebungen des Verfassers):

"Satzungsgemäßes Ziel der Arbeit von PRO FAMILIA ist es - neben vielfältigen anderen Aspekten -

auch und gerade, Frauen und Männern bei allen Fragen und Problemen von Familienplanung zur Seite zu stehen, Information, Beratung und medizinische Hilfe anzubieten; natürlich auch Frauen, die ungewollt schwanger geworden sind.

Frauen und Männer leben und planen ihr Leben in eigener Verantwortung. Als Grundvoraussetzung selbstbestimmten Lebens müssen Frauen und Männer die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, ob, wann und wieviele Kinder sie haben wollen. Natürlich muß das auch beinhalten, sich gegen eine ungewollte Schwangerschaft entscheiden zu können, also einen Schwangerschaftsabbruch zu machen. Jede Frau muß das Recht haben, in ihrer persönlichen Lebenssituation zu prüfen und zu bestimmen, ob sie ein Kind zur Welt bringen will und kann oder nicht.

Diesen Vorstellungen von selbstbestimmtem Leben steht seit gut 12 Jahren das Strafgesetzbuch entgegen. Im Paragraphen 218 StGB wird der Schwangerschaftsabbruch unter Strafe gestellt. Frauen (und den Beteiligten) wird mit Gefängnisstrafe gedroht, nur in Ausnahmefällen ist ein Abbruch nicht strafbar. Um den Zwangscharakter dieses Gesetzes deutlich zu machen, hier in Auszügen die geltenden Strafvorschriften über den Schwangerschaftsabbruch (...)"²⁴

Eine für die Anschauung der PRO FAMILIA kennzeichnende Definition der "sozialen Notlage" haben im bereits erwähnten offenen Brief an den Präsidenten des Deutschen Ärztetages, Dr. Karsten Vilmar, 1979 im Namen der Bremer PRO FAMILIA Gerhard Amendt u.a. getroffen:

"Als soziale Notlage muß alles gelten, was gegen die Bedürfnisse und Lebensperspektiven der Frau gerichtet ist und sie gefährdet. Dieser Freiraum wurde durch die Neufassung des § 218 StGB ausdrücklich geschaffen. Als soziale Notlage muß weiterhin alles gelten, was einer gesicherten Zukunft und emotional schützenden Erziehung von Kindern entgegensteht."²⁵

Das Wunschkind-Dogma von PRO FAMILIA hat Prof. Dr. med. Peter Petersen, Professor für Psychotherapie an der Medizinischen Hochschule Hannover, und Dr. med. Ingeborg Retzlaff, Frauenärztin in Lübeck, veranlaßt, sich 1980 aus dem Kuratorium der PRO FAMILIA zurückzuziehen. Sie begründen diesen Schritt im Deutschen Ärzteblatt:

"Ebensowenig wie Spontanität des Lebens in der Empfängnis vorsätzlich planbar ist, ebensowenig ist es die Lebensperspektive der Frau, die ungeplant ein Kind empfängt. Das aber ist die Behauptung des Dogmas 'was gegen die Bedürfnisse und Lebensperspektiven der Frau gerichtet ist', ist wider den Lebens-Plan. Weil es wider den Lebens-Plan der Frau zur Zeit der Empfängnis gerichtet ist, deshalb wird es als 'soziale Notlage' deklariert und fällt der Abtreibung anheim. (...) das Dogma von der Planbarkeit des Lebens schlägt in dem Argument von der Lebensperspektive der Frau durch. In der Argumentation der Dogmatiker (...) hat dann auch das zukünftige Kind keinen Platz: dem Prinzip Hoffnung ist das Lebenslicht ausgeblasen (...) Die Thesen von Amendt und Heinrichs jedoch geben die Schutzbedürftigkeit des werdenden Lebens offensichtlich zugunsten des Lebens-Planes der Frau preis. (...) durch das Dogma von der Planbarkeit des Lebens ('Lebensperspektive der Frau') werden elementare Tatsachen der Humanmedizin und die unter den allgemeinen Menschenrechten zum Ausdruck kommenden Grundwerte verleugnet. Das Leben wie auch die Freiheit des Menschen werden damit zerstört."²⁶

Petersen ist aus der PRO FAMILIA ausgetreten. In einem offenen Brief vom 11.5.1987 an den Vorstand der PRO FAMILIA (Landesverband Niedersachsen) führt er zur Begründung u.a. aus:

"Nur bei ausreichender Kenntnis der humanembryologischen, pränatalpsychologischen und geist-

gen Prozesse des vorgeburtlichen Menschen ist auch eine qualifizierte Beratung im Schwangerschaftskonflikt sowie ein sachgerechte Indikationsstellung möglich. (...) Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß "Pro Familia" in ihren eigenen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen sowie in der Öffentlichkeit die Erkenntnisse moderner wissenschaftlicher Forschung auf dem Gebiet von Humanembryologie und Pränatalpsychologie verbreitet oder daß sie überhaupt diese Erkenntnisse in ihre Konzepte mit einbezieht. Infolge dessen muß es in 'Pro Familia' bei der Beratung und Indikationsstellung vor dem Schwangerschaftsabbruch auch zur einseitigen Berücksichtigung der Selbstbestimmung und der Lebensperspektive der Frau zu Ungunsten des Lebensrechtes des ungeborenen Kindes kommen."

Im *pro familia magazin* 1/87 findet sich auf Seite 25 ein "Offener Brief": Die Frauen des Hamburger PRO FAMILIA-Familienplanungszentrums bezeichnen sich selbst als Befürworterinnen der Abtreibung, auch sei ihnen nicht an der "Senkung der Abtreibung" (gemeint sind die hohen Abbruchzahlen) gelegen.

Ricarda Stöhr, seit Oktober 1988 Ärztin im PRO FAMILIA-Familienplanungszentrum Kassel, be-

Offener Brief

Auf Initiative der Zeitschrift EMMA wurde im Oktober 1986 während der Frankfurter Buchmesse ein Manifest veröffentlicht, in dessen Mittelpunkt die Forderung nach einer Verfassungsklage gegen den § 218 StGB steht. Am Anfang des Manifest heißt es (der vollständige Text ist erhältlich bei der Zeitschrift EMMA, Kolpingplatz 1 a, 5000 Köln 1): „Wir fordern die erneute Überprüfung des § 218, der heute abtreibende Frauen mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht. Auch wir sind Gegner/innen der Abtreibung. Aber wir sind auch Gegner/innen des § 218, der Frauen durch Strafandrohung zwingen will, auszutragen.“ Das Team des Familienplanungszentrums der in Hamburg schickte uns hierzu folgenden „offenen Brief“:

Liebe EMMA-Frauen,

wir werden das „Manifest“ für eine Verfassungsklage gegen den § 218 StGB nicht unterzeichnen. Allerdings liegt uns daran, Euch zu sagen, warum wir Eure Initiative nicht unterstützen, obwohl wir zunächst ganz begeistert waren, als wir davon hörten. Wir schreiben Euch als Frauen, die seit Jahren ambulante Schwangerschaftsabbrüche machen, die Beratungen dazu, Forschung betreiben und aktiv gegen den geltenden Paragraphen 218 und für bessere Abbruchbedingungen streiten.

So sagt Ihr am Anfang des Textes: „Auch wir sind Gegner/innen der Abtreibung“ – das können und wollen wir nicht unterzeichnen, denn wir sind nicht gegen Abtreibung. Im Gegenteil: wir sind für Schwangerschaftsabbruch – wenn er von der Frau gewünscht wird. Und wir sind für medizinisch schonende und menschlich unterstützende Verfahren und Einrichtungen für den Schwangerschaftsabbruch. Für uns ist nicht erkennbar, daß es uns Frauen nützt oder politisch notwendig oder sonstwie sinnvoll ist, uns dieser immer wiederkehrenden defensiven Äußerung anzuschließen, zumal sie von den abtreibenden Frauen als Distanzierung und Diskriminierung erlebt wird.

Wir halten auch nicht die „Senkung der Abtreibung“ für unsere Aufgabe, obwohl wir wissen, daß jede einzelne Frau wünscht, ihr bliebe dieser Eingriff erspart. Eine bessere „Aufklärung“, eine tatsächliche „Verantwortung der Väter“ und eine wirksame staatliche Förderung sind notwendige Forderungen, weil sie das Leben der Mütter und Kinder erleichtern und weil sie gerecht sind, aber nicht, weil damit Schwangerschaftsabbrüche verhindert werden sollen. Wenn alle diese Ziele erreicht sind, wird es trotzdem Frauen geben, die eine Schwangerschaft nicht austragen wollen, weil sie jetzt oder immer kein Kind wollen. Wieviele das dann sein

werden, wissen wir nicht – vielleicht ebenso viele wie jetzt.

Deshalb treten wir für ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch ein, das nicht eingeschränkt ist, d.h. vor allem Streichung aus dem Strafgesetzbuch.

Auch unser Blick auf das „werdende Leben“ ist anders als Eurer. Den Embryo als selbständiges Rechtssubjekt auf eine Stufe mit der schwangeren Frau zu setzen, ist die Argumentation der „Lebensretter“ und Abtreibungsgegner: Sie wollen sich damit ein Instrument schaffen, um die Frau im Namen des Embryos, notfalls gerichtlich, zum Austragen einer Schwangerschaft oder zu anderen Verhaltensmaßregeln zwingen zu können. Wir gehen davon aus, daß die Garantie der Menschenwürde und körperlichen Unversehrtheit der schwangeren Frau einen ausreichenden Schutz auch für ihre „Leibesfrucht“ darstellt.

Und schließlich sind wir nicht sicher, ob eine Normenkontrollklage unser politischer Weg ist (ganz abgesehen von der Durchsetzbarkeit und Erfolgsaussicht) – billigt sie nicht dem Bundesverfassungsgericht eine politische Autorität zu, die unangemessen ist? Und würde es nicht im günstigsten Fall einen neuen Rahmen für ein Gesetz abstecken? Ob der uns besser gefallen würde, ist sehr fraglich.

Statt dessen müssen wir die Parteien auffordern, deutlich zu beschreiben, wie sie sich eine richtige Regelung des Schwangerschaftsabbruchs vorstellen, und wie sie gleiche Bedingungen in allen Bundesländern herstellen wollen.

Wir bedauern sehr, daß Ihr vor Eurer Initiative den Aufruf nicht mit denen diskutiert habt, die täglich in der Arbeit mit Schwangerschaftsabbrüchen stecken, und nun mit fertigen Argumenten, Strategien und Formulierungen überrascht.

Familienplanungszentrum der Pro Familia in 2000 Hamburg 50, Bei der Johanniskirche 20

zeichnete sich auf einer Veranstaltung in Freiburg im Februar 1991 selbst als "Abbruchärztin". Ihre Arbeit mache ihr "Spaß", sie erfordere

Erfahrung und ständige Übung – dafür böten die 6 Zentren von PRO FAMILIA ausreichende Gelegenheit.²⁷

1. Gerhard Amendt, Jahrgang 1939, stellt seinem Buch: Black Power. Dokumente und Analysen. Herausgegeben von Gerhard Amendt, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 2. Aufl. 1971, zwei Zitate voraus: "Politische Macht kommt aus dem Lauf der Gewehre (Mao Tse Tung)" und: "Wir glauben an die bewaffnete Revolution, eine permanente Revolution, und die Schaffung sovieler Vietnams wie erforderlich, um den US-Rassismus und Imperialismus überall in der Welt zu besiegen (George Murray, Minister of Education der Black Panther Party)".
2. Gerhard Amendt: Die bestrafte Abtreibung. Argumente zum Tötungsvorwurf. IKARU Verlag, Bremen 1988, S. 92. Das Buch wird von PRO FAMILIA über ihre "PRO FAMILIA Vertriebsgesellschaft für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien mbH & Co KG" vertrieben: Katalog Nr. 4/1991, S. 22
3. Gerhard Amendt: Die bestrafte Abtreibung, S. 37/38
4. Gerhard Amendt: Geboren und ungeliebt; in: Elterhaus und Schule. Monatszeitschrift für alle Fragen des Lebens mit Kindern, 39. Jahrgang, 11/1990, S. 8/9
5. Pro Familia: Hilfeleistung bei unerwünschten Schwangerschaften. Offener Brief an Dr. Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, unterzeichnet Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung - Landesverband Bremen e.V. Prof. Dr. phil. Gerhard Amendt, Dr. phil. Barbara Knieper, Dr. med. H. Cramer; in: Dt. Ärzteblatt Nr. 31 vom 2.8.1979, S. 1986 ff; u.a. auch veröffentlicht in: Sexualpädagogik 3/79, S. 4 ff
6. Gerhard Amendt, Michael Schwarz: Sozialisation unerwünschter Kinder. Forschungsbericht im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (unveröffentlicht), Bremen 1980.
7. vgl.: Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Verhülsdonk auf die schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Claus Jäger vom 18.2.1991
8. beispielsweise: Große Haßgefühle; in: SPIEGEL Nr. 37/1990 vom 10.9.1990. Zum falschen Zeitpunkt geboren. Bremer Studie beleuchtet das Schicksal unerwünschter Kinder; in: Die Rheinpfalz, 1.9.1990. Tobias Fengler, Susanne Kracke: Unerwünschte Kinder; in: WIENER 2/1991
9. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Frau Schoppe und der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/7382 - Sozialisation von unerwünschten Kindern. Bundestagsdrucksache 11/8145 vom 18.10.1990
10. Helga Glufke: Familienplanungszentren. Zielsetzung, Entwicklung, Perspektiven; in: *pro familia magazin* 2/92, S. 22 f
11. PRO FAMILIA BREMEN: 10 Jahre Beratungszentrum. Bremen 1988, S. 36
12. Gerhard Amendt: Warum wir ein Beratungszentrum aufbauen, in dem auch Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden; in: PRO FAMILIA BREMEN (Hrsg.): Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren. Nach der Reform des § 218 - Betroffene Frauen ziehen Bilanz. rororo Frauen aktuell, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1978
13. PRO FAMILIA ZENTRUM Rüsselsheim: Ein Grund zum Feiern. 10 Jahre PRO FAMILIA Beratungsstelle, 5 Jahre PRO FAMILIA Zentrum. Rüsselsheim 1988, S. 3
14. ebd., S. 10; die Hervorhebungen sind im Original vorhanden.
15. Dt. Ärzteblatt Nr. 37 vom 11.9.1980; vgl. auch die vorangegangene Diskussion im Dt. Ärzteblatt ab August 1979 mit zahlreichen Leserbriefen
16. 20 Jahre PRO FAMILIA Bonn; in: *pro familia magazin* 1/92, S. 32 f
17. Standpunkt Schwangerschaftsabbruch. PRO FAMILIA Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung e.V., Bundesverband, Frankfurt 1989, S. 3; die hier definierte Position bekräftigt PRO FAMILIA nochmals im PRO FAMILIA Jahresbericht 1989, S. 7
18. vgl. dazu: Berward Büchner: Pro und Contra Rechtfertigungsthese zu § 218a StGB, Schriftenreihe der Juristenvereinigung Lebensrecht e.V. Nr. 5, Köln, 1988
19. BayObLG, Urt. v. 26. April 1990 - RReg 3 St 78/89; abgedruckt bspw. in NJW 1990, S. 2328; Medizinrecht 64f/1990, S. 334; vgl. dazu auch: Ärzte Zeitung Nr. 102 vom 5.6.1990; sowie: Rainer Beckmann: Die Rechtswidrigkeit notlagenindizierter Schwangerschaftsabbrüche, in: Medizinrecht 6/1990, S. 301 ff
20. PRO FAMILIA BREMEN: 10 Jahre Beratungszentrum. Bremen 1988, S. 2
21. Beratung: Recht ja - Pflicht nein! Stellungnahme des Landesverbandes "Ehe und Familie" Berlin zu § 218 und zu den Förder-Richtlinien von Schwangerschaftsberatungsstellen; in: *pro familia magazin* PRO FAMILIA INFORMATIONEN 3/91, S. 30 f. Die Hervorhebungen sind im Original vorhanden.
22. PRO FAMILIA Jahresbericht 1989, S. 39
23. IPPF: Annual Report 1989-90. London, 1990, S. 16; (Übers. d. Verf.)
24. PRO FAMILIA BREMEN: 10 Jahre Beratungszentrum. Bremen 1988, S. 12
25. Anm. 5)
26. Peter Petersen und Ingeborg Retzlaff: Freiheit und Verantwortung in "Pro Familia"; in: Deutsches Ärzteblatt, Heft 37 vom 11.9.1980
27. Veranstaltung der Frauenbeauftragten, GRÜNEN, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) u.a. am 25.2.1991 im Freiburger Bürgerhaus; vgl. auch: Ricarda Stöhr: Die Absaugmethode; in: *pro familia magazin* 3/90, S. 24

PRO FAMILIA und "Schutz des ungeborenen Lebens"

In einem "Gutachten" zur Bundesstiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" bescheinigt PRO FAMILIA BREMEN dem Bundesverfassungsgericht einen "eigentümlichen Lebensbegriff"¹ und definiert ihrerseits:

"Wann Leben beginnt und was menschliches Leben im Prozeß der vorgeburtlichen Entwicklung sei, muß dem einzelnen Bürger als eine höchst subjektive, in privaten Lebenserfahrungen und kulturellen Einbettungen vorgegebene Frage zur Entscheidung überlassen werden."²

Der marxistische³ Philosoph Jürgen Heinrichs, ab 1968 PRO FAMILIA-Schriftführer, später geschäftsführender Vizepräsident, seit 1971 Redaktionsmitarbeiter des *pro familia magazin*, 1973 bis 1983 Präsident der PRO FAMILIA, 1980 bis 1986 Präsident der Europe Region der IPPF, 1987 bis 1989 Präsident, seit 1989 Vizepräsident des Central Council, des höchsten Beschlußgremiums der IPPF, Mitglied des "Fachgebietes Informations- und Öffentlichkeitsarbeit" und des "Ausschusses für innerverbandliche Kommunikation der PRO FAMILIA"⁴, definiert 1986 im *pro familia magazin* die "Leibesfrucht" im Verständnis der PRO FAMILIA:

"Abtreibungsgegner", also Menschen, die an Recht und Praxis des Schwangerschaftsabbruch in Richtung Verschärfung etwas ändern wollen, geben sich seit Jahren große Mühe und betreiben erheblichen Aufwand, um in Wort und Bild nachzuweisen, die Leibesfrucht sei in allen Stadien ihrer Entwicklung menschliches Leben. Sofern dies der Aufklärung dienen soll und nicht nur der Propaganda, ist es nicht nötig. Denn heute

behauptet wohl keiner mehr, die Leibesfrucht sei nicht menschliches Leben, mag auch früher eine mißverständliche Evolutionslehre zu so etwas geführt haben. Es handelt sich - zumindest ab der Nidation - um ein je bestimmtes, zur Entwicklung seiner Individualität fähiges menschliches Leben, was die Entscheidung für oder gegen die Fortsetzung einer Schwangerschaft zu einer existentiellen Frage macht und ihr eine hohe ethische Bedeutung verleiht. Der Embryo ist jedoch kein selbständiges menschliches Leben, daher noch kein Kind, denn er kann nur in Symbiose mit der Schwangeren leben und sich entwickeln. Dieses gilt zumindest bis zu einem relativ



Dr. phil. Jürgen Heinrichs

(Bild aus: *pro familia magazin* 4/84, S. 3)

späten Zeitpunkt seiner Entwicklung, nämlich bis zu dem Zeitpunkt, zu dem selbständiges Leben außerhalb des Mutterleibes möglich wäre."⁵

Damit stellt sich einer der ranghöchsten Repräsentanten von PRO FAMILIA und IPPF in der offiziellen Verbandszeitschrift von PRO FAMILIA ausdrücklich in Gegensatz zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das den Zeitpunkt der extrauterinen Lebensfähigkeit als Zäsurpunkt eindeutig zurückgewiesen hat.⁶

Im SPIEGEL vom 18.1.1988 schreibt der Geschäftsführer des Saarbrücker Familienplanungszentrums der PRO FAMILIA, Heinz Krämer, im Namen von PRO FAMILIA: Familienplanungszentrum, Saarbrücken:

"Kindesabtreibung gibt es nicht. Es gibt die Abtreibung einer Leibesfrucht, den Schwangerschaftsabbruch, die Entfernung von Embryonalgewebe. Aber wir sollten aufhören, Embryos durch Ultraschallgeräte, Fötalchirurgie oder Verfassungsgerichtsurteile zu personalisieren, sie zu eigenständigen lebensfähigen Personen hochzustilisieren. Wir dürfen den absichtlichen Sprachentgleisungen und Sprachdiktionen der Späths, der Stolbers und der Lebensrechtler nicht aufsitzen. Durch ihre Sprache wollen sie ihr Bewußtsein schaffen. Dem müssen wir uns widersetzen."

1986 fordert Renate Sadrozinski im *pro familia magazin* u.a. zur weiteren Gründung von Abtreibungseinrichtungen auf und dazu, dem "Unsinn" von der "Heiligkeit des ungeborenen Lebens" immer wieder zu widersprechen:

"Die Gegner überzeugen wir nicht, ebensowenig, wie sie uns überzeugen. Trotzdem müssen wir über unsere Erfahrungen, unsere Einsichten, unsere Wahrheit sprechen. Und weitermachen bei der Gründung von Abtreibungseinrichtungen, beim Kampf um die Abschaffung des § 218 StGB, bei der Aufklärung gegen Illegalität und Heimlichkeit.

Sie sind weniger als wir, dennoch erscheinen sie zahlreicher. Also machen wir uns bemerkbar, öffentlich und privat. Unterstützen wir doch endlich die, die auf unserer Seite sind, wie ungeschickt oder zögerlich im einzelnen sie auch sein mögen. Rücken wir den Politikern auf die Pelle, daß sie sich äußern, sich festlegen. Widersprechen wir doch endlich

Im PRO FAMILIA Jahresbericht 1988 rühmt sich der PRO FAMILIA-Bundesvorstand, an der vorläufigen Verhinderung des 1988 geplanten Beratungsgesetzes maßgeblich mitgewirkt zu haben:

"Auf der Grundlage des innerverbandlichen Klärungsprozesses über mögliche Öffentlichkeitsaktivitäten zur Verhinderung des Schwangerenberatungsgesetzes haben die Bundesvorstandsmitglieder in zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen von politischen Partnern, Gewerkschaften, Initiativen und Verbänden die Position der PRO FAMILIA deutlich gemacht: Es geht bei dem geplanten Gesetz nicht nur um eine Einschränkung der Arbeit der PRO FAMILIA (Festlegung eines Beratungsziels), sondern vor allem werden den Frauen weitere Hürden in bezug auf den Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch aufgebaut. Dies ist verbunden mit dem Versuch der Verunsicherung von indikationsstellenden Ärztinnen und Ärzten, wozu die verschiedenen Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Indikationsfeststellung beitragen. Der Bundesverband hat dazu verschiedene Pressemitteilungen herausgegeben.

Ein großer Teil seiner Tätigkeit hat der Bundesverband in die politische Lobbyarbeit insbesondere gegenüber den Frauen in den Bundestagsparteien investiert. Das positive Echo in der FDP hat wohl dazu beigetragen, daß die Verabschiedung des geplanten Schwangerenberatungsgesetzes trotz der Initiativen der 'Lebensschützer' innerhalb und außerhalb der CDU/CSU bisher aufgeschoben wurde."

Um ihre erfolgreiche politische Arbeit zu intensivieren, plant PRO FAMILIA die Einrichtung und Finanzierung eines zentralen Lobby-Büros:

"Außerdem wurde über eine Verbesserung der politischen Lobby-Arbeit zum § 218 StGB diskutiert. Es wurde vorgeschlagen, ein zentrales Lobby-Büro einzurichten, in dem Informations-, Koordinations- und Recherchearbeit geleistet

Anhang

Nr. 1/1989
25. Januar 1989

PRO FAMILIA unterstützt die Aktion des STERN zur Abschaffung des § 218 StGB

Die im "STERN" erhobenen Forderungen stimmen im wesentlichen mit dem Standpunkt überein, den PRO FAMILIA - aufgrund ihrer über 35jährigen fachlichen Erfahrungen und ihrer Beratungsarbeit auf dem Gebiet der Familienplanung und des Schwangerschaftsabbruchs - einnimmt.

PRO FAMILIA weiß, daß für Frauen und Männer, die heterosexuell leben, die Möglichkeit, ungewollt schwanger zu werden - trotz vorhandener Verhütungsmittel - Teil ihrer Lebensrealität ist.

PRO FAMILIA stellt fest, daß eine immer kleiner werdende Zahl von Menschen ungewollt schwanger wird, da in der Bevölkerung Verhütung weitgehend akzeptiert ist und auch praktiziert wird. In diesem Zusammenhang erachtet es PRO FAMILIA als eine wichtige Aufgabe, die Rolle des Mannes in der Sexualität und bei der Verhütung sichtbar zu machen.

Schwangerschaftsabbrüche wird es dennoch immer geben, weil nicht immer die emotionalen, sozialen und finanziellen Voraussetzungen gegeben sind, um eine ungewollte Schwangerschaft auszutragen und für Kinder sorgen zu können.

Neben der Beratung nach Paragraph 218 StGB beteiligt sich PRO FAMILIA an der Indikationsstellung und führt selbst Schwangerschaftsabbrüche durch. In ihren eigenen Reihen arbeiten mehr als 200 Ärztinnen und Ärzte.

Statt der Einschränkung der Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen hält PRO FAMILIA eine Verbesserung der medizinischen Versorgung zum Schwangerschaftsabbruch für dringend notwendig. Humane, medizinisch fachgerechte und die Würde der Frau achtende Möglichkeiten der Behandlung müssen bundesweit flächendeckend bereitstehen.

PRO FAMILIA-Bundesverband

werden sollte. Getragen und finanziert werden soll es von einem Bündnis verschiedener Institutionen, wie Gewerkschaften, § 218-Initiativen, PRO FAMILIA."

Bemerkenswert ist die avisierte Finanzierung eines solchen politischen Lobby-Büros durch die PRO FAMILIA, die ihre finanziellen Mittel praktisch ausschließlich von der öffentlichen Hand erhält.

PRO FAMILIA unterhält äußerst enge politische Kontakte insbesondere mit der SPD. PRO FAMILIA ist nach ihren eigenen Angaben

"durch seine Bundesvorsitzende Monika Simmel-Joachim in der Arbeitsgruppe § 218 des ASF-Bundesvorstandes (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) vertreten."

Das *pro familia* magazin 6/91 berichtet, daß die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Ganseforth

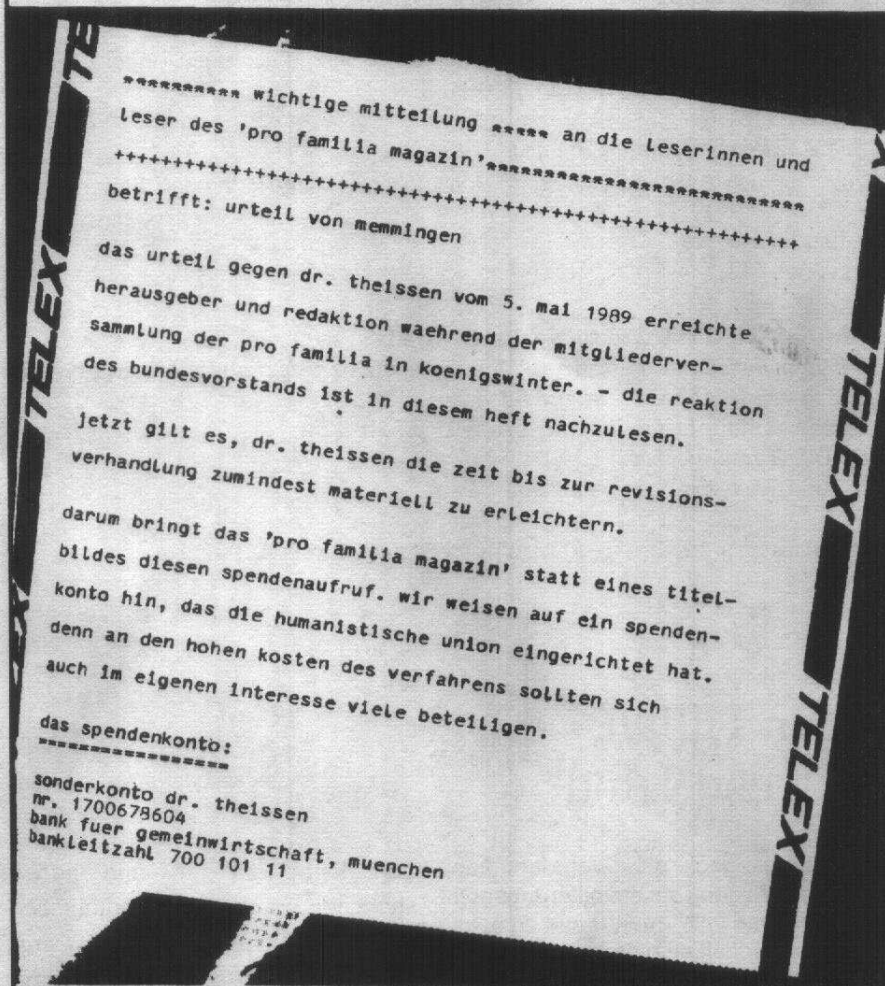
zur neuen Landesvorsitzenden des PRO FAMILIA-Landesverbandes Niedersachsen gewählt wurde⁹. Weiterhin wird dort über die politischen Aktivitäten des niedersächsischen PRO FAMILIA-Landesverbandes berichtet:

"Daneben hat sich PRO FAMILIA Niedersachsen in den Landtagswahlkampf 1990 eingemischt und ist in der Landespolitik am Ball. So konnte inzwischen das erste niedersächsische Familienplanungszentrum in Hannover realisiert und zusätzliche sexualpädagogische Initiativen aufgegriffen werden."

1989 verwandte sich der Pfälzer SPD-Bundestagsabgeordnete Albrecht Müller mit Nachdruck für die öffentliche Bezuschussung der PRO FAMILIA-Niederlassung im südpfälzischen Landau. Die SPD-Ortsvereine in der Südpfalz forderte Müller in der Presse auf, Mitglied bei PRO FAMILIA zu werden.¹⁰

Pressemittelungen

pro familia magazin



Schwerpunktthema
dieses Heftes:

Aspekte der Sterilisation

Die niedersächsische Frauenministerin Waltraud Schoppe von den GRÜNEN weihte im August 1991 das PRO FAMILIA-Familienplanungszentrum in Hannover ein, das *pro familia magazin* berichtet:

"Am 1. August stellte die niedersächsische Frauenministerin Waltraud Schoppe die vom Landesverband für das zukünftige Familienplanungszentrum angemieteten Räume voller Stolz vor. Waltraud Schoppe begrüßte dabei, daß Pro Familia diese Aufgabe übernommen hat. Z.Zt. ist sie dabei, die rechtlichen Voraussetzungen für den Schwangerschaftsabbruch in Niedersachsen zu schaffen."¹¹

Die von SPD und FDP gestellte Landesregierung von Rheinland-Pfalz wird ein PRO FAMILIA-Familienplanungszentrum in Mainz aus Landesmitteln finanzieren.¹²

PRO FAMILIA unterstützt den wegen zahlreicher illegaler Abtreibungen verurteilten Memminger Arzt Dr. Horst Theissen. Das *pro familia magazin* 4/89 trägt die oben abgebildete Titelseite.

Die dort genannte "Humanistische Union" steht mit ihrer Forderung, daß für Richter und Staatsanwälte der ehemaligen DDR, über die in

Salzgitter belastendes Material vorliegt, eine generelle Amnestie gelten solle¹³, allein auf weiter Flur.

1991 hat PRO FAMILIA zusätzlich noch ein eigenes Spendenkonto für Theissen eingerichtet. Im *pro familia magazin* 1/92 ist eine Presseerklärung des PRO FAMILIA-Bundesverbandes vom 4. Dezember 1991 abgedruckt, darin heißt es unter der Überschrift "Diese Justiz ist unfähig zur Weisheit. Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert" u.a.:

"Der BGH hat das Vorurteil all derer bestätigt, die die schlechtesten Traditionen der deutschen Straffjustiz für ungebrochen halten: Gesinnungsurteile finden Billigung, Bürgerrechte haben hinter vermeintlichen Staatsinteressen zurückzutreten, Rechtssicherheit und Rechtsfrieden gelten wenig. Nach wie vor glauben deutsche Richter an die Gebärpflicht der Frau und daran, daß die Straffjustiz berufen wäre, diese durchzusetzen. Zu richterlicher Bescheidenheit oder gar Weisheit ist diese Justiz anscheinend nicht fähig. Eine Indikationenregelung für den Schwangerschaftsabbruch kann nach diesem Urteil in Deutschland nicht mehr als praktikabel angesehen werden. Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert, hieraus die angemessenen Schlüsse zu ziehen.

Zur Unterstützung von Dr. Theissen, der nach dem BGH-Urteil durch hohe Anwalts- und Gerichtskosten mehr denn je in seiner Existenz gefährdet ist, hat Pro Familia ein Spendenkonto eingerichtet: Sonderkonto Dr. Theissen (...)"¹⁴

Die gegenseitige Unterstützung und die Zusammenarbeit zwischen PRO FAMILIA und Dr. Theissen hat weit zurückreichende Wurzeln: Bereits 1975 wurde der Journalistin Karin Struck, die damals eine Abtreibung vornehmen

ließ, im Beratungsgespräch bei PRO FAMILIA Münster mündlich und nochmals telefonisch Dr. Theissen mitgeteilt.¹⁵
"unter der Hand" die Adresse von

1. Jürgen Heinrichs: Unser Kommentar. Pro Familia in der Krise? in: *pro familia magazin* 4/82, PRO FAMILIA INFORMATIONEN, S. 9
2. Jürgen Heinrichs: Bericht des Präsidenten auf der Mitgliederversammlung während der Bundesarbeitstagung; in: *pro familia magazin* 4/82, PRO FAMILIA INFORMATIONEN, S. 9
3. PRO FAMILIA-Jahresbericht 1989, S. 6
4. PRO FAMILIA Bremen: 10 Jahre Beratungszentrum, Bremen 1988, S. 13
5. vgl.: "Femme fatale" Alice Schwarzer, dpa-Agenturmeldung; in: Hohenloher Zeitung/Heilbronner Stimme vom 4.5.1991
6. PRO FAMILIA-Jahresbericht 1988, S. 17
7. PRO FAMILIA-Jahresbericht 1989, S. 13
8. ebd., S. 37
9. *pro familia magazin* PRO FAMILIA INFORMATIONEN 6/91, S. 29/30
10. MdB Müller setzt sich für Pro Familia ein. Ortsvereine der SPD in der Südpfalz aufgefordert, Mitglied bei der Organisation zu werden; in: Die Rheinpfalz Nr. 181, vom 8.8.1989
11. Familienplanungszentrum in Hannover; in: *pro familia magazin* 6/91, S. 30
12. vgl.: Rheinpfalz vom 4.1.1992; Dt. Tagespost vom 4.1.1992
13. vgl.: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 2.11.1990, S. 4
14. *pro familia magazin* 1/92, S.31
15. Karin Struck: Abtreibung, eine lebenslange Erfahrung. Referat in Plochingen am 24.8.1991

PRO FAMILIA gegen Hilfen, insbesondere "Mutter und Kind"

Als die Bundesregierung 1984 die Einrichtung der Bundesstiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" vorbereitet, geht PRO FAMILIA BREMEN mit einem "Gutachten"¹ an die Öffentlichkeit, das die Stiftung zur Unterstützung von Frauen im Schwangerschaftskonflikt als Teil einer "geplanten repressiven Reformierung des § 218 StGB" diffamiert.

Die Stiftung stelle ein "Gebärprämiensystem für schwangere Frauen"² dar und sei "als Instrument der Bevölkerungspolitik angelegt"³. Das "Gutachten" führt aus:

"Wenn der primäre Sinn der Stiftung in der Gebärförderung bei gleichzeitigem Verzicht auf sozial- und friedenspolitische Veränderung innerhalb der Gesellschaft besteht, dann setzt sich der Stif-

tungszweck dem Verdacht aus, vorwiegend ein bevölkerungspolitisches Instrumentarium zu sein. Es handelt sich dann also um rein quantitative und nicht um qualitativ orientierte Bevölkerungswachstumspolitik."⁴

Im Zusammenhang mit einer beabsichtigten Änderung des Adoptionsrechtes kritisiert das Gutachten nochmals die "rein quantitative" Bevölkerungspolitik und stellt fest, daß

"die empfohlene Änderung des Adoptionsgesetzes - mit dem Ziel, sie zu erleichtern und zu beschleunigen - die Pläne für die öffentliche Propagierung massenhafter Kindesweggabe nach der Geburt unerwünschter Kinder nur und ausschließlich aus Interessen an einem rein quantitativen Bevölkerungswachstum begründet werden kann."⁴

PRO FAMILIA weigert sich, die Mittel der Bundesstiftung "Mutter

und Kind" an rat- und hilfesuchende Frauen zu vermitteln. So schreibt Joachim von Baross im *pro familia magazin* in seinem Bericht über die Mitgliederversammlung 1984 der PRO FAMILIA u.a.:

"Die bisherigen Aktivitäten des Bundesverbandes zur von der Regierung geplanten Stiftung 'Mutter und Kind' wurden ausdrücklich begrüßt und an die Landesverbände wurde appelliert, ihre Beratungsstellen sollten sich nicht an der Vergabe der Stiftungsgelder beteiligen."⁵

Ein offener Brief der hessischen PRO FAMILIA an alle hessischen Landtagsabgeordneten vom 6.11.1987 stellt nochmals die Haltung des Vereines zur Stiftung "Mutter und Kind" klar:

"PRO FAMILIA Hessen hat auf der Landesversammlung am 25.10.

1987 mit gutem Grund erneut die Entscheidung bekräftigt, sich nicht an der Vergabe der Stiftungsgelder zu beteiligen.⁶

Als die Bundesregierung Ende 1990 einen Hilfsfonds für schwangere Frauen in Notlagen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR einrichtet, übt PRO FAMILIA heftige Kritik:

"Kritik an Hilfsfonds Hamburg (dpa) - Die Bundesregierung hat laut Pro Familia 'klammheimlich' einen 'Hilfsfonds für schwangere Frauen in Not' in der früheren DDR eingerichtet. Der Ableger der 1985 geschaffenen Stiftung 'Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens' sei ein weiterer Versuch, die in den neuen Ländern noch geltende Fristenlösung auszuhöhlen.⁷"

Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlicht daraufhin folgenden Kommentar:⁸

Zu wenig Abtreibungen?

Von Joachim Neander

In Hamburg hat eine Sprecherin der Organisation „pro familia“ namens Sadrozinski gegen die Einrichtung eines Hilfsfonds für schwangere Frauen in den neuen Bundesländern durch die Bundesregierung protestiert. Dieser Fonds, meint die Dame, solle „klammheimlich“ die im Gebiet der früheren DDR zunächst weiter geltende Fristenlösung aushöhlen.

Unter normalen Umständen müßte man an der Seriosität einer solchen Nachricht zweifeln oder mindestens besorgt fragen, ob hier jemand seinen Verstand verloren hat. Aber an „pro familia“ scheinen solche Zweifel abzuprallen. Man muß also zur Kenntnis nehmen, daß diese Organisation, an deren Namen das einzig noch Zutreffende der lateinisch korrekte Ablativ nach pro sein dürfte, sich darüber sorgt, daß infolge zu wirkungsvoller Unterstützung und Beratung schwangerer Frauen die Zahl der Abtreibungen zurückgehen könnte.

Sich derlei Erwägungen ernsthaft zuzuwenden, hieße natürlich Zeit vergeuden. Es wird dabei nur ein weiteres Mal deutlich, daß es in der Diskussion um das ungeborene Leben und seinen Schutz inzwischen drei Parteien gibt. Die eine, die einen grundlegenden Wandel der Einstellung zu dieser Frage fordert und anstrebt. Eine zweite, die die Tiefe und Bedeutung des Problems zwar erkennt, aber aus vielerlei Gründen zögert, daraus Konsequenzen zu ziehen, die über materielle Hilfen für die Betroffenen und moralische Appelle an die Beteiligten hinausreichen.

Die dritte der Parteien dagegen hängt mangels intellektueller Ausrüstung immer noch der längst überholten Theorie an, es handele sich hier nur darum, ob man „den Frauen“ vorschreiben dürfe, wie sie mit einem Teil ihres Körpers umgehen. Zu dieser Partei zählt sich seit einiger Zeit offenbar auch „pro familia“. Es ist der (durch die Tatsachen zumindest nicht ohne weiteres zu widerlegende) Verdacht geäußert worden, die materielle Existenzgrundlage dieser Organisation sei nur durch eine entsprechende Zahl von Abtreibungen gesichert. Wie auch immer – aus der ernsthaften Diskussion hat „pro familia“ sich damit verabschiedet.

1. PRO FAMILIA BREMEN (Hrsg.): Gutachten zu § 218, Bundesstiftung "Schutz des ungeborenen Lebens" vom 19.1.1984
2. ebd., S. 15
3. ebd., S. 16
4. ebd., S. 18
5. Joachim v. Baross: Pro Familia formuliert Ziele neu. Ergebnisse der Mitgliederversammlung mit Fachtagung; in: *pro familia magazin* 4/84 PRO FAMILIA INFORMATIONEN, S. 25 ff
6. zit. n.: Roland Rösler, MdL Hessen
7. vgl. bspw. Kölner Stadtanzeiger vom 1.12.1990
8. Die Welt vom 3.12.1990

Beratungsverständnis von PRO FAMILIA

PRO FAMILIA berichtet im Jahresbericht 1989 über eine vom PRO FAMILIA-Bundesverband durchgeführte "Fachtagung: PRO FAMILIA als Institution. Konzepte, Aufträge und Ziele in der Beratung":

"Neutralität und Parteilichkeit in der Beratung"

Im Mittelpunkt der Ausführungen standen die geschlechtsspezifischen Rollen von Frau und Mann, die auch im Beratungsprozeß eine Rolle spielen. Störungen werden in diesem Zusammenhang auf Rollenkonflikte zurückgeführt. Deshalb sei Parteilichkeit statt Neutralität in der Beratung geboten, um die Geschlechtsrollen reflektieren zu können. Besonders wurde die Entwicklung einer feministischen Sichtweise von Werten und Normen betont, die das patriarchale Rollenverhalten aufweichen und weibliches Selbstbewußtsein stärken soll.¹

PRO FAMILIA Bremen beschreibt 1984 ihr Beratungsverständnis in einem "Gutachten" zur Bundesstiftung "Mutter und Kind":

"Die Teilnahme an Zwangsberatungen nach § 218 StGB stellt für viele Berater (...) eine schwerwiegende Verletzung ihres professionellen wie auch politischen Selbstverständnisses dar."²

"Soweit die Teilnahme unumgänglich ist, wird sie von vielen Beratern in dem Bewußtsein praktiziert, damit Frauen in einer gesellschaftlich produzierten Zwangssituation zu einem möglichst humanen Schwangerschaftsabbruch zu verhelfen."³

In einem von PRO FAMILIA BREMEN herausgegebenen Buch schildert der damalige Vorsitzende von PRO FAMILIA BREMEN, Gerhard Amendt, daß "nach vorliegenden Erfahrungen" Berater

ungsschein und Indikationsbestätigung bereits vor der Beratung überreicht werden:

"Die hier skizzierten Strukturen des Zwangsberatungsprozesses nach Paragraph 218 haben Bedeutung nur für die Berater, die dennoch Möglichkeiten sinnvoller Beratungstätigkeit suchen und durch ihr Verhalten konkrete Voraussetzungen dafür schaffen wollen. Diese Berater gehen berechtigterweise davon aus, daß ihre guten Absichten nicht von der Stirn abzulesen sind, sondern daß sie den Frauen deutlich demonstriert werden müssen. Diese Demonstration besteht nach vorliegenden Erfahrungen darin, daß

den autonom getroffenen Entscheidung der Frau zum Schwangerschaftsabbruch akzeptieren."⁴

Dieses Buch wird unter dem "Stichwort: Zwangsberatung" in der Zeitschrift der PRO FAMILIA empfohlen.⁶

Als der Verein "Christen für das Leben e.V." am 1.6.1989 in einer Tübinger Tageszeitung eine Annonce⁷ veröffentlicht, reagiert PRO FAMILIA Tübingen mit einer gerichtlichen Klage.⁸

Vor dem Landgericht Tübingen unterlag die klagende PRO

1. Juni: Tag des Lebens

Sind Sie schwanger und in Bedrängnis?
Wollen Ihnen gutmeinende Freunde raten, Ihr Kind abzutreiben?
Ist Ihnen passiert, daß Sie bei PRO FAMILIA nichts von den Hilfen erfahren, auf die Sie und Ihr Kind ein Recht haben?
Dann wenden Sie sich doch einfach an uns. Wir werden Ihnen und Ihrem Kind echte soziale Hilfe zukommen lassen.
Der internationale Tag des Lebens sollte für uns alle Anlaß sein, unser Verhältnis zum Leben neu zu überdenken.
Unsere Adresse: Christen für das Leben e.V., Tübingen, Postfach 1247, oder direkt: Silke Wild (1. Vorsitzende) TU 29 35 72; Christina Heugel (2. Vors.) TU 7 69 52.
Helfen Sie uns helfen durch Ihre Spende an den gemeinnützigen Verein: Christen für das Leben e.V.; Spendenkonto: KSK Tübingen Nr. 632722



Die Tübinger Annonce

die Beraterin die Bestätigung über die 218-Beratung der Frau gleich zu Beginn des Gesprächs über den Tisch reicht."⁴

Auch die Notlagenindikationen werden, wie Amendt weiterhin aus seiner Erfahrung berichtet, gleich zu Beginn des Gesprächs überreicht:

"Es sei hier nur angemerkt, daß Ärzte sich grundsätzlich mit ihrem Indikationsstellungsmopol in einer ähnlichen Zwangssituation befinden, wenn die Notlagenindikation von einer Frau gewünscht wird: auch hier ist eine offene und freie Diskussion nicht möglich. Eine größer werdende Zahl von Ärztinnen und Ärzten reicht aus diesem Grund ebenfalls zu Beginn des Gesprächs die Indikationsbescheinigung an die Frau, weil sie

FAMILIA Tübingen-Reutlingen.⁹ Dabei spielte unter anderem ein konkreter Beratungsfall vom 16.5.1988 bei PRO FAMILIA Tübingen eine Rolle, wo ein Beratungsschein ausgestellt wurde, obwohl die damit bescheinigte Beratung nach § 218b StGB tatsächlich nicht stattgefunden hatte. Vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht wurde später dieser Beratungsfall aufgegriffen, die Stuttgarter Richter führten in den Entscheidungsgründen aus:

"Unstreitig ist insbesondere, daß das Ehepaar N., Bad Urach, im Mai 1988 von einem Berater der Klägerin bescheinigt erhalten hat, die soziale Beratung gem. § 218b StGB sei durchgeführt worden (unter Hervorhebung des erwähn-

ten mit 'insbesondere' beginnenden Halbsatzes), obwohl dies tatsächlich nicht der Fall war."¹⁰

Das Oberlandesgericht Stuttgart schreibt in den Entscheidungsgründen weiterhin:

"Auffallend ist immerhin, daß nach dem vom Kläger (PRO FAMILIA Tübingen-Reutlingen; Anm. d. Verf.) mit Schriftsatz vom 25.10.1989 eingereichten Faltblatt (Bl. 67), das in der Beratungsstelle des Klägers ausliegt, die im ersten Teil des Textes formulierten Beratungsziele des Klägers jedenfalls der Formulierung nach in einen Gegensatz zu den Richtlinien des Landes über die Beratung nach § 218b StGB gestellt werden; es ist ausdrücklich die Rede davon, 'andererseits' gebe das Land bestimmte Richtlinien."¹¹

In der "Welt am Sonntag" vom 15.3.1992 wird unter der Über-

schrift "Keine Sorge, Sie kriegen Ihr Scheinchen schon" der Verlauf eines Beratungsgesprächs bei PRO FAMILIA Hannover geschildert. Nach elf Minuten verließen die Testkandidaten die Beratungsstelle mit dem Beratungsschein und einer sozialen Indikation. Ein großer Teil der bestätigten Notlage war frei erfunden - und zwar von der PRO FAMILIA-Ärztin.

In der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 11.10.1986 wurde der nebenstehende Leserbrief abgedruckt.

In der "Stuttgarter Zeitung" vom 30.7.1984 berichtet eine Journalistin von ihrer Beratungserfahrung bei PRO FAMILIA.

Abtreibungs-Beredsamkeit

Zum Leserbrief „Nur eine Abtreibungspraxis“, von Ulrich Thimm, Gießen (F.A.Z. Nr. 202): Meine Frau und ich – damals noch nicht verheiratet und beide in der Ausbildung – waren einmal in der Situation, daß ein „ungeplantes“ Kind unterwegs war. Zudem fanden wir anfangs nirgends Hilfe. Damals gingen wir zu einer Hamburger Pro-Familia-Stelle, um dort Hilfe zu finden. Die Behauptung von Ulrich Thimm: „Natürlich berät Pro Familia bei Schwangerschaftskonflikten in erster Linie mit dem Ziel, die Schwangerschaft fortzusetzen – und nicht nur, weil uns das Gesetz dazu verpflichtet. Der Name verpflichtet.“ – empfinden wir nach unseren Erfahrungen als völlig irreführend. Unser Gespräch bei Pro Familia verlief etwa wie folgt:

Gleich zu Beginn stellten wir klar, daß wir das Kind haben wollten, da für uns gilt: „Kinder sind eine Gabe Gottes“ und Leibesfrucht ist ein Geschenk“ (Psalm 127,3). Darauf folgte eine dreiviertelstündige „Bearbeitung“ durch – abwechselnd – eine Frauenärztin und eine Psychologin. Wir sollten doch lieber, um unserer Zukunft willen, abtreiben, das Kind – damals 8. bis 10. Woche – würde noch nicht leben und ich – als Ehemann – könne meiner Frau „dabei“ auch die Hand halten... Schließlich versuchte man, meine Frau gegen mich auszuspielen, indem ihr gesagt wurde, ich unterdrücke sie; sie müsse selbst und allein entscheiden; worauf meine Frau nur sagte, daß sie froh sei, daß ich „ein solches“ Gespräch führen würde und so weiter.

Am Ende fragte ich dann, ob es nicht auch eine Hilfe für ein Kind gäbe, weil das doch der Name „Pro Familia“ beinhaltet. Daraufhin machte man uns auf die „Geißler-Stiftung“ aufmerksam – natürlich mit abfälligen Bemerkungen!... Die Stiftung „Mutter und Kind“ war uns später eine große Hilfe. Heute haben wir zwei Kinder und sind überglücklich, daß unser Daniel lebt (1 Jahr und neun Monate!).

Wie viele junge Eltern wurden durch „Pro“ Familia um ihr Glück gebracht?

Bis heute ärgern wir uns, daß wir damals keine Schritte gegen „Pro“ Familia unternommen haben. Nicht jeder hält dieser psychologisch-medizinischen „Beratung“ stand!

Rüdiger Fuchs, Bettina Fuchs,
Hamburg

Bei „pro familia“

Nach fünf Minuten die Indikationsbescheinigung

Eine 38-jährige Journalistin schildert ihre Erlebnisse in einer Beratungsstelle für Schwangerschaftskonflikte / Von ...

„Ich möchte einen Termin für ein Beratungsgespräch.“ – „Was für eine Beratung?“ – „Schwangerschaft“ – „Sie wollen abbrechen?“ – „Ja.“ Nach dieser nüchternen Bestandaufnahme über das Telefon war ich bei „pro familia“ zur Schwangerschaftskonfliktberatung vorgemeldet, in einer der elf anerkannten Beratungsstellen dieser Organisation in Baden-Württemberg. „pro familia“ steht zur Zeit im Meinungsstreit. Bundesfamilienminister Heiner Geißler und der Stuttgarter Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder, beide CDU, machen dem Verein schwere Vorwürfe, schwangere Mütter nicht ernsthaft über Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch zu beraten und Hilfen nicht in Anspruch zu nehmen, die es gibt.

So habe ich das Wartezimmer mit zwiespältigen Gefühlen betreten. Ich bin allein. Eine Mischung aus Dritte-Welt-Laden und Öko-Stand umgibt mich. Das Leseangebot rekrutiert sich vorwiegend aus Infos in eigener Sache. „pro familia“ stellt sich vor, „pro familia“ berichtet. Als wüßten die, die dort warten, nicht, warum sie gekommen sind. Selbstgepinselte Plakate machen die breite Palette von „pro familia“-Aktivitäten deutlich: Schwulen- und Schwangerenberatung, Scheidungsgruppen, Kinderwunsch, auch ums Waldsterben geht es.

Eine eher schüchterne junge Frau holt mich ab. Der Tatsache, daß sie sich mit mir in ein anderes Zimmer zurückzieht, entnehme ich, daß sie die Ärztin sein muß. „Waren Sie schon einmal bei uns?“ Ich war nicht. Deshalb muß zunächst eine Karteikarte angelegt werden. Ganz wie gewohnt, denke ich, nur werden die Daten sonst schon im Vorzimmer erhoben. Bei der Frage nach dem Krankenschein muß ich passen. Ich bin privat versichert. Auch gut. „Dann möchte ich Sie zuerst mal untersuchen“, sagt die Schüchterne. Das überrascht mich, da ich mich zur Beratung angemeldet hatte. Ich bestaune höflich auf diesem Gespräch. Meine Partnerin nimmt das leicht befremdet zur Kenntnis. „Sie sind schwanger?“ „Dem Test nach ja.“ „Sie wollen abbrechen?“ „Ja.“ Wie schon am Telefon gehabt. Wir errechnen die neunte Wo-

che, bis zur zwölften gestattet der Gesetzgeber den Abbruch. Ich bin etwas spät dran. Die Frage, ob ich denn wisse, wie es passiert sei, verblüfft mich wiederum. Ich weiß es, und ich weiß, daß ich diese Schwangerschaft nicht will.

Ungefragt nenne ich der ärztlichen Beraterin meine Gründe. Im Spätsommer dieses Jahres wollte ich zur Mitarbeit an einem Forschungsprojekt in die USA gehen. Die Sache sei für meine berufliche Karriere sehr wichtig, ein Kind in dieser Situation einfach undenkbar. Außerdem hätte ich, die 38-Jährige, bereits eine erwachsene Tochter von 18 Jahren. Aber auch ohne den Auslandsaufenthalt würde ich den Abbruch wollen, erklärte ich.

Und warum ich so spät erst käme, in der neunten Woche? Die Antwort lautet: „Ich war schon in einem öffentlichen Krankenhaus, aber die haben mich abgewiesen.“ Für eine Indikation nach der sozialen Notlage reiche meine Situation nicht aus, habe es geheißen.

Sie zeigt Verständnis. „Sie sind ja sehr entschlossen. Ich möchte Sie nur kurz untersuchen, bevor ich Ihnen die Indikation schreibe.“ Daß es so schnell gehen würde, hatte ich nicht gedacht. Hatte ich den Abbruch zu bestimmt gefordert, daß die Ärztin eine Beratung für überflüssig hielt? Wo blieb das Gespräch über den „Schwangerschaftskonflikt“, eben die „Beratung“, die das Gesetz vorschreibt? Beraten jedenfalls fühlte ich mich nicht. Gab es gegen meine zur Schau getragene Entschlossenheit keine Argumente?

Die Untersuchung jedenfalls lehne ich ab, erkläre, daß ich zunächst gekommen sei, um die Gesamtproblematik zu besprechen. Die Ärztin: „Aber Sie wollen doch den Abbruch?“ Ja, ich will – will ich? Dem hat die Beraterin nichts hinzuzufügen. Die Entscheidung kann sie mir schließlich nicht abnehmen. Offenbar will sie sich nur davon überzeugen, daß ich wirklich schwanger bin, bevor sie mir Indikation und Überweisung ausstellt. Ich verstehe das, bitte aber um Aufschub und einen weiteren Termin. Irgendwie bin ich aus dem Tritt. Meine Konfliktberaterin blickt nun

selbst ziemlich ratlos. Sie hat es nicht leicht mit mir. „Ein zweiter Termin ist bei uns eigentlich nicht üblich, wissen Sie. Im übrigen sollten Sie sehen, daß Sie die Sache sobald wie möglich über die Bühne bringen.“ Sie hat Recht, viel Zeit bleibt mir ja nicht mehr in Anbetracht der fortgeschrittenen Schwangerschaft. Dennoch ich brauche einen zweiten Anlauf und bestehe auf einem neuen Termin. Vielleicht hilft es, daß ich „privat“ bin. Ich werde – wenn auch ungern – noch einmal vorgemerkt.

Bevor ich mich von meiner Beraterin trenne, vergewissere ich mich, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist. „Grundsätzlich haben Sie keine Bedenken dagegen, meine Schwangerschaft abzubereiten?“ „Natürlich nicht“, versichert mir die Ärztin. „Sobald ich mich davon überzeugt habe, daß Sie schwanger sind, schreibe ich Ihnen die Indikation.“ Daß ich „pro familia“ dann doch nicht bemühen mußte, lag nicht an der Mitarbeiterin.

1. PRO FAMILIA-Jahresbericht 1989, S. 24
2. PRO FAMILIA BREMEN (Hrsg.): Gutachten zu § 218, Bundestiftung "Schutz des ungeborenen Lebens" vom 19.1.1984, S. 1
3. ebd., S. 2
4. Gerhard Amendt: Wie Zwangsberatung ratlos macht; in: PRO FAMILIA BREMEN (Hrsg.): Wir wollen nicht mehr nach Holland fahren. Nach der Reform des § 218 - Betroffene Frauen ziehen Bilanz. rororo Frauen aktuell, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 72
5. ebd.
6. Sexualpädagogik und Familienplanung. Zeitschrift der Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung, Nr. 2/81, S. 7
7. Schwäbisches Tagblatt Tübingen (Südwestpresse) vom 1.6.1989
8. Eine vollständige Darstellung der beiden Gerichtsverfahren, die zuungunsten von PRO FAMILIA ausgingen, gibt die idea-Dokumentation 11/90, zu beziehen bei: Informationsdienst der Evangelischen Allianz, Postfach 1820, 6330 Wetzlar.
9. Urteil des Landgerichtes Tübingen, AZ 2 O 446/89, vom 10.1.1990
10. Beschluß des Oberlandesgerichtes Stuttgart, AZ 4 U 54/90, vom 26.4.1990, Gründe: Ziffer 1b), Satz 3
11. ebd., Gründe: Ziffer 2d), Satz 3

Kampf gegen Abtreibungsgegner

PRO FAMILIA kündigt in ihrem Jahresbericht 1989 an, sie wolle eine "Gegenöffentlichkeit" gegen Abtreibungsgegner organisieren.¹

Auch auf internationaler Ebene ist sich PRO FAMILIA mit den anderen Mitgliedsverbänden der IPPF im Kampf gegen "Abtreibungsgegner und kirchliche Fundamentalisten" einig. Der PRO FAMILIA Jahresbericht 1989 befaßt sich im Kapitel "Internationale Kooperation. International Planned Parenthood Federation (IPPF)" mit der "members' assembly" (der IPPF-Mitgliederversammlung, dem höchsten Entscheidungsgremium der IPPF):

"Die members' assembly, auf der der PRO FAMILIA-Bundesverband mit Monika Simmel-Joachim als Vorsitzende und Jürgen Heinrichs als Mitglied der Europa-Region im IPPF-Zentralrat (dessen Vorsitzender er bis November 1989 war) vertreten war, befaßte sich im Plenum mit Vorträgen und Diskussionen zu den Themen

- Bevölkerung, Entwicklung, Umwelt und die Rolle nichtstaatlicher Organisationen und
- Antworten auf organisierte Opposition gegen Familienplanung.

In der Diskussion über den Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Umweltzerstörung wurden erneut die regionalen Unterschiede in der Einschätzung deutlich. Einig hingegen war sich die members'

assembly, künftig auf breiter Front gegen Abtreibungsgegner und kirchliche Fundamentalisten vorzugehen."²

Die Absicht, "künftig auf breiter Front gegen Abtreibungsgegner und kirchliche Fundamentalisten vorzugehen" setzt die PRO FAMILIA beispielsweise im *pro familia magazin* 1/92, einer Schwerpunktausgabe zu "Sexualität und Religion", in die Tat um. In einem Artikel "Von der Wirklichkeit des Zölibats" wird u.a. ausgeführt:

"Priester dagegen, die Frauen, Mädchen und Knaben sexuell mißbrauchen, bleiben im Schoß der Kirche, solange sie alles schön unsäuerlich unter der Decke halten. Dann zahlt die Kirche im Falle eines Unfalles sogar die Alimente.

Einer der strammsten Vertreter unbarmherziger Doppelmoral ist wohl Deutschlands Militärbischof und Anti-Abtreibungs-Hetzer, der Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba. Die römisch-katholische körper-, frauen- und selbstbestimmungs-feindliche Doktrin schafft eine Atmosphäre, in der viele Gläubige nicht mehr atmen können."³

Weiterhin wird dort festgestellt:

"Von der Wirklichkeit hinter der Kulisse der römisch-katholischen Kirche kann man gar nicht schlecht und leidvoll genug denken."³

Im Kapitel "Bücher zum Thema"

rezensiert Jürgen Heinrichs ein Buch "Die teuflische Doktrin. Der Papst und die Empfängnisverhütung".⁴ Heinrichs bringt einige Zitate aus diesem Buch, etwa:

"Über den ganzen Erdball hinweg fördert das kirchliche Verbot der künstlichen Verhütung mit aller Kraft Unwissenheit, Unterdrückung und das Leid der Menschen. Die konservative Hierarchie der Kirche tut alles, um die Verbreitung von Familienplanung und Sexualerziehung aufzuhalten."⁵

Nach weiteren derartigen Zitaten kommt Jürgen Heinrichs zum Schluß:

"Das ist ein sehr lesenswertes kleines Buch, das leicht verständlich ist."⁶

In derselben Ausgabe 1/1992 des *pro familia magazin* ist im Abschnitt "Buchbesprechungen" eine wohlwollende Rezension des Werkes "Vorsicht Lebensschützer! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner"⁶ abgedruckt, u.a. wird dort ausgeführt:

"Den Autorinnen, Frauen aus der § 218-Bewegung, ist klar: 'Wer heute gegen den § 218 kämpfen will, muß sich mit der 'Lebensschützer'-Ideologie auseinandersetzen'. Ihre Beiträge reflektieren die kirchliche Bastion der 'Lebensschützer', ihre 'Elite'-Organisationen, wie bspw. die Europäische Ärzteaktion (EÄA) und ihre



Friedensnobelpreisträgerin Mutter Teresa pflegt Kranke in den Slums von Kalkutta.

Vernetzung mit Parteien wie CDU und CSU. Die Autorinnen beziehen sich in ihren Recherchen ausschließlich auf frei zugängliches Material, das erschreckend die internationale Zunahme an Einflußmöglichkeiten der "Lebensschützer" dokumentiert.⁷

Die Herausgeber dieses Buches, die "Frauen gegen den § 218, Bundesweite Koordination", haben im November 1989 ein Heft "Frauen fordern Selbstbestimmung. Weg mit dem § 218"⁸ veröffentlicht. Dieses Heft gibt auf den Seiten 46 bis 54 "Praktische Hinweise zum Schwangerschaftsabbruch", auf den beiden folgenden Seiten sind die Adressen aller Beratungsstellen von PRO FAMILIA abgedruckt, und eine Loseblattbeilage enthält schließlich die Adressen und Telefonnummern der holländischen STIMEZO-Abtreibungskliniken und einer englischen Abtreibungsklinik.⁸

In einem von PRO FAMILIA BREMEN im Januar 1984 veröffentlichten "Gutachten" zur Bundesstiftung "Mutter und Kind" heißt es:

"Die katholische Kirchenadministration hat sich auch nicht in der Phase des deutschen Faschismus zu staatlich verordneten Zwangsabbrüchen wie Zwangssterilisationen an sogenannten unwerten Leben geäußert."⁹

Abgesehen davon, daß diese Behauptung schlechthin unwahr ist,

muß es als geradezu zynisch anmuten, daß der damals noch amtierende Ehrenvorsitzende und PRO FAMILIA-Gründer Hans Harmsen bereits lange vor der nationalsozialistischen Machtergreifung die "Erfassung der Minderwertigen" und ein Sterilisationsgesetz gefordert sowie nach der Machtergreifung das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in der Inneren Mission maßgeblich durchgesetzt und "Handreichungen" (vgl. S. 10) dazu verfaßt hatte.

pro familia magazin □ Sexualpädagogik und Familienplanung 5/86

Mutter Theresa – Frau meiner Alpträume

Da ist sie im Juli 1986 wieder einmal in der Bundesrepublik aufgetaucht, sie hat ein paar scheue, keusch und traurig dreinblickende Mädelein mit dunkler Hautfarbe und Kopftüchlein mitgebracht, ihren ideologischen Nachwuchs. Und sie hat es uns selbstbewußten, selbstbestimmten Frauen und Müttern in der BRD wieder einmal so richtig gegeben: Sie hat uns, zusammen mit der Bewegung „Rettet das ungeborene Leben“ oder „Bewegung für das Leben“ angeprangert, als Mörderinnen dargestellt, wir sind nun gar Schuld, wenn die Männer ihre Kriege machen.

Diese alte, erfolgreiche Frau, die so gar nicht wie eine Frau aussieht, wenn sie ihre Faust ballt, um zu beten: War uns noch ihr Nobelpreis suspekt, so haben wir doch gedacht, daß sie als Frau eben ihre Aufgabe darin sieht, das Elend der anderen Frauen, welches das Elend ihrer Kinder ist, zu mildern. Wir dachten, daß es gut ist, wenn sie Gutes tut. Und wir haben ihr Zölibat respektiert, und daß sie eigentlich kein freundliches Gesicht macht, wenn sie so in die Kamera schaut. Jetzt aber ist Mutter Theresa der schlechte Teil unserer Mütter geworden, den wir als Vorbild ablehnen.

Mutter Theresa, sie ist so recht ein göttliches Abbild der Selbstlosen. Sie setzt sich ein für das Elend der Unschuldigen, sie putzt den Rotz, den Schleim, den Kot und verlangt dennoch keinen Lohn (abgesehen von dem, zur Rechten Gottes sitzen zu dürfen, wohl dennoch nur zu seinen Füßen)! Sie zeigt die Welt die rechte Tat der Frau. Sie zeigt der Welt die Sündhaftigkeit, die Anmaßung der modernen Frau, die Geld, soziale Versorgung, den Lohn für ihre Arbeit fordert. Sie hat sich wahrhaft aufgeopfert und sie opfert noch (wenn sie zwischen ihren ideologischen Feldzügen Zeit findet).

Weg mit der Pflicht zur Aufopferung der Frau ohne Lohn im Diesseits. Wir arbeiten auch nur, um zu leben. Weg mit dem uns von unseren gesellschaftlichen Herrschern und individuellen Männern auferlegten Zwang zur Ausführung derjenigen Arbeiten, die bei dem Mann nur den allgemeinen Brechreiz hervorrufen. Wir hier opfern nicht mehr, weiß Gott, und es fällt uns schwer, dies nicht mehr zu tun, denn unsere Mütter, unsere Nonnen, unsere Tanten haben es uns mit Schlägen hineingeprägt und mit ihren falschen Küssen eingebrannt. Sie haben es gleichwohl nur getan, weil es ihnen so befohlen war.

Die in Indien tätige Ordensfrau Mutter Teresa hat für ihr Engagement zugunsten der Menschen in den Slums von Kalkutta am 10.12.1979 in Oslo den Friedensnobelpreis erhalten. Sie bezeichnete in ihrer Ansprache zur Preisverleihung die Abtreibung als den größten Zerstörer des Friedens. Als sie sich 1986 in Deutschland wiederum gegen das Unrecht der Abtreibung aussprach, veröffentlichte das *pro familia magazin* 5/86 den untenstehenden Artikel.

Mutter Theresa, sie ist so recht ein göttliches Abbild der Sexlosen. Wir wollen aber keine Mütter mehr, die geschlechtslos sind. Wir wollen eine Mutter und eine Tochter, die auch gegen den Widerstand der Traditionen das schönste aller Spiele, das Liebespiel, lustvoll genießen können. Wir wollen die erotische Liebe zwischen Mann und Frau. Wir erlauben nicht länger, daß die Mütter, Nonnen und Tanten den kleinen Mädchen auf die Finger und das Gesäß schlagen, damit sie ihren schönen Körper nicht spüren, sondern ihn verachten lernen. Weg mit der Züchtigung durch die Mütter, Nonnen, Tanten und Lehrerinnen, die uns Scham auferlegen, uns in Zwangsjacken stecken, aus denen wir hier erstmals vorsichtig herausschlüpfen, zaghaft, verzweifelt.

Göttliche Mutter Theresa, sie weist der Welt den Weg. Und wieder geht er über den Leib der Frau und ihren Schoß. Laßt doch die Kindlein zu uns kommen! Seht ihre schwarzen, braunen, gelben aufgeblähten Bäuche, ihre Totenköpfchen, wie ihre reizenden kleinen Knochenhändchen nach Brot (für die Welt) gieren. Welch großes Glück, sie dann zu speisen, ihre Blöße (und vor allem diese) zu bedecken. Welch Sternstunden, ihre geheilten Köpfechen aufzufüllen mit den Vorschriften und Anweisungen der Herrschenden und zu sehen, wie brav sie gehorchen. Arme kleine Nonne zur Rechten Mutter Therasas!

Weg mit den alten Müttern, Nonnen, Tanten, die sich die Kinder der Unglückseligen aneignen, weil diese im Kindbett gestorben sind. Der schöne Körper der braunen, weißen, gelben, schwarzen Frau zerschunden von dem Substrat des Mannes, der auch nicht besser weiß, der auch von Müttern, Nonnen, Tanten belehrt.

Diese Mutter Theresa, die es besser wissen müßte, will uns doch nicht ernsthaft weismachen, daß das Elend der Frau in Wirklichkeit das Glück der Mutter ist?

Mutter Theresa, hört nicht Dein begnadetes Ohr, wie alle Mütter weinen, wenn Du vor den Fotografen mit harter Hand über die so gern kurzgeschorenen Köpfe ihrer Leibesfrucht streichst, die ihnen daselbst den Tod gebracht?

Ihr Alpträume von Frauen, ihr Mütter, Nonnen, Tanten, was wollt ihr von uns, die wir das Glück unserer Kinder endlich selbst in die Hand nehmen. Merkt ihr nicht, daß ihr die Marionetten des Bösen seid?

Monika Goletzka

1. PRO FAMILIA-Jahresbericht 1989, S. 6/7
2. PRO FAMILIA-Jahresbericht 1989, S. 38
3. Heribert Fischediek: Von der Wirklichkeit des Zölibats; in: *pro familia magazin* 1/92, S. 14
4. Brend Maddox: Die teuflische Doktrin. Der Papst und die Empfängnisverhütung. Knesebeck & Schuler Verlag, München 1991
5. Jürgen Heinrichs in *pro familia magazin* 1/92, S. 24
6. Frauen gegen den § 218, Bundesweite Koordination (Hrsg.): "Vorsicht Lebensschützer". Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1991
7. Helga Glufke in *pro familia magazin* 1/92, S. 26
8. Frauen gegen den § 218, Bundesweite Koordination (Hrsg.): Frauen fordern Selbstbestimmung. Weg mit dem § 218. Zu beziehen bei: Monika Scheffler, Paulusstr. 30, 4800 Bielefeld
9. PRO FAMILIA BREMEN (Hrsg.): Gutachten zu § 218, Bundesstiftung "Schutz des ungeborenen Lebens" vom 19.1.1984, S. 23

Sexualpädagogik bei PRO FAMILIA

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Juli 1989 einen Antrag "Konzept zur Sexualaufklärung" eingebracht.¹ Dort fordert die SPD unter Berufung auf die Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest u.a. die Einführung von Sexualpädagogik an öffentlichen Schulen, wobei "anerkannte Familienplanungseinrichtungen" zum Zuge kommen sollten, da diese bereits Erfahrungen auf dem Gebiet der Sexualpädagogik haben. Dabei wird auf PRO FAMILIA ausdrücklich bezug genommen.²

Auch heben die Sozialdemokraten die positive Wirkung der Reform der §§ 218 ff von 1976 hervor, die dazu geführt habe, "daß die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gesenkt werden konnte". Sie berufen sich dabei auf Zahlen, die Joachim von Baross ermittelt habe.³ Baross ist Mitarbeiter der PRO FAMILIA Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt sowie Mitglied im "Ausschuß Schwangerschaftsabbruch" des PRO FAMILIA Bundesverbandes und Mitverfasser des PRO FAMILIA Jahresberichtes 1989.⁴

Wenn nun die SPD sich für eine Sexualerziehung durch PRO FA-

MILIA starkmacht, so dürfte es von Interesse sein, wie die Sexualpädagogik der PRO FAMILIA aussieht.



Der PRO FAMILIA-Verhütungsmittelkoffer ist mit Informationsmaterialien von PRO FAMILIA und Verhütungsmitteln aus dem Sortiment der kommerziellen "PRO FAMILIA Vertriebsgesellschaft für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien mbH & Co KG" bestückt.⁵

In einer Informationsschrift über die Sexualpädagogik bei PRO FAMILIA schildert PRO FAMILIA Landau ihre Arbeit:

"Im Mittelpunkt der sexualpädagogischen Aktivitäten der Pro Familia Landau stehen die Gruppenveranstaltungen in Schul-

klassen, in offenen Jugendgruppen der außerschulischen Jugendarbeit sowie in geschlossenen Jugendheimen.

Dabei bildet ein Schwerpunkt die sogenannte "Kofferschau". Im Verhütungsmittelkoffer der Pro Familia sind alle gängigen Verhütungsmittel enthalten, über die die Jugendlichen ausführlich informiert werden sollen.

Die Zielsetzung in solchen Gruppen besteht zum einen darin, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Verhütungsmethoden wie Anti-Baby-Pille, Kondom, chemische Verhütung, Diaphragma, natürliche Verhütung, Spirale usw. darzustellen, um den Jugendlichen die Grundlage für eine selbstbestimmte, fundierte Entscheidung zu bieten, welche Methode sie jeweils am geeignetsten für sich erachten.

Zum anderen werden bei solchen Treffen auch die zwischenmenschlichen Schwierigkeiten, angesprochen, die sich aus der Anwendung der unterschiedlichen Mittel ergeben.

Ein wesentlicher Anspruch dieser Arbeit besteht darin, den Jugendlichen zu vermitteln, daß es einer tiefergehenden Beschäftigung mit den verschiedenen Verhütungsmethoden sowie vielen anderen Fragen der menschlichen Sexualität bedarf, um eine sichere Schwangerschaftsverhütung zu gewährleisten.

Neben dieser Kofferschau sollen deshalb in solchen Gruppen anhand verschiedener Arbeitstechniken wie (Körper-) Spielen, Rollenspielen oder Bastelarbeiten wie Collagen o.ä. alle möglichen The-

men angeschnitten werden, für die sich die entsprechenden Jugendlichen interessieren. Diese Themenbereiche können u.a. sein:

1. Empfängnisverhütung - wie schütze ich mich?
2. Ungewollte Schwangerschaft - was tun? (...)»

Der Verhütungsmittelkoffer enthält auch die "kleinen Heftchen", die das *pro familia magazin* 5/90 so anpreist:

"Überarbeitet und in neuer graphischer Aufmachung gibt es sie nun wieder: die kleinen Heftchen des *Pro Familia*-Landesverbandes Hessen zu den Themen:

- Aber Hallo! Ich kriege ein Kind!
- Vergewaltigung
- Au wei, ich muß zum Frauenarzt
- Es juckt, es brennt!
- Guck' mal was los ist
- Hilfe, ich bin schwanger
- Pille, Spirale, Kondom oder was?

Die Heftchen kosten DM 0,50 pro Stück und sind zu beziehen über die *Pro Familia*-Bundesgeschäftsstelle, Cronstettenstraße 30, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/550901.«⁷

Dem kleinen Heftchen "Guck mal was los ist" stellt PRO FAMILIA in der Einleitung "Warum wir diese Broschüre geschrieben haben" voraus:

"Wir haben diese Broschüre geschrieben, damit Du Deinen Körper besser kennenlernst und damit Dir Sexualität mit Dir selbst und mit anderen Spaß machen kann.«⁸

Am Ende der Broschüre, bevor eine Bilderserie mit der Unterschrift "Der Kragenbär der holt sich munter einen nach dem andern runter" zur Onanie auffordert, und vor den Adressen der PRO FAMILIA-Landesverbände gibt PRO FAMILIA unter einer dicken Überschrift "Bücher, die für Euch interessant sein können" Hinweise auf einige Bücher. An erster Stelle empfiehlt PRO FA-

"Sexualität beginnt mit der Geburt, wenn nicht sogar schon vorher. Selbstbefriedigung und sexuelle Spiele sind für Kinder normale und gesunde Betätigungen, jedoch leiden in den meisten Ländern Kinder unter sexueller Unterdrückung. Die Verhaltensweisen und Reaktionen der Umwelt haben einen Einfluß auf die sexuelle Entwicklung des Kindes und auch darauf, in welchem Umfang sich sexuelle Probleme sich ausbilden. Die Fähigkeit, als sexuelle Wesen Freude zu empfinden, muß bei Kindern ebenso wie bei Erwachsenen gefördert werden. (...) Daher ist es wichtig, im Zusammenhang mit Familienplanung das Vergnügen an Sexualität hervorzuheben."

pro familia magazin 2/85; S. 17

MILIA: "Sexbuch, Günter Amendt, Weltkreis Verlag".⁹ praktische Empfehlungen für einen "Abbruch ohne Angst, Schmerzen und Schuldgefühle" erteilt:

Auf Seite 19 des "Sexbuch" befindet sich eine Zeichnung die eine Sexuelle Orgie zeigt, die Bildunterschrift lautet:

"Guck Dir dieses Bild an, wichse, und Du kriegst einen Orgasmus!"

10

Das "Sexbuch" von Günter Amendt fordert auf den ersten Seiten mehrfach zur Onanie auf:

Das "Sexbuch" beschreibt im Kapitel "Schwangerschaftsunterbrechung" die Haltung der katholischen Kirche zur Abtreibung:

"Katholische Kirche und Reaktion

Im Verein mit konservativen und reaktionären Politikern startete die katholische Kirche eine niederträchtige Kampagne gegen die Befürworter der Schwangerschaftsunterbrechung. Sie scheute sich nicht, Befürworter in die Ecke von Kindesmördern zu stellen.

Kein Paragraph des Strafgesetzbuches macht die Brutalität der Klassengesetzgebung des bürgerlichen Staates deutlicher als der § 218."¹¹

Zwei Seiten weiter werden dann

"Auf jeden Fall solltest Du wissen, daß die Zustimmung des Freundes oder Ehemannes nicht erforderlich ist, wenn du eine Schwangerschaft unterbrechen willst.

Das ist ein mühsamer und oft qualvoller Weg, der Frauen vom neuen Paragraphen 218 vorgeschrieben wird. Absichtlich, denn auf diese Weise sollen Frauen unsicher gemacht werden.

Den langen Weg können auch die Beratungsstellen von PRO FAMILIA nicht ersparen. Trotzdem solltest du zu PRO FAMILIA gehen, wenn du Rat suchst. Die Chance, auf Verständnis zu stoßen und nicht mit 'moralischen' Vorträgen vollgelabert zu werden, ist hier am größten. Bei PRO FAMILIA-Beratungsstellen sind oft Arzt und Sozialberater in einem Haus, und manchmal kann man dort auch die Adresse eines Arztes erhalten, der den Eingriff vornimmt.

Nur in der Beratungsstelle von PRO FAMILIA Bremen arbeiten alle Einrichtungen, die bis zum

Abbruch vorgeschrieben sind, in einem Haus. Auch der Abbruch wird in der Beratungsstelle vorgenommen. Dafür braucht man keine Klinik: Ein sachkundiger Arzt, der auch innerlich das Recht der Frauen auf Schwangerschaftsunterbrechung befürwortet, ein hygienischer Raum und entsprechende Instrumente, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich vor und nach dem Eingriff mit dir beschäftigen, sind die Voraussetzungen für einen Abbruch ohne Angst, Schmerzen und Schuldgefühle.¹²

Zum Abschluß des Kapitels "Schwangerschaftsunterbrechung" werden dem Leser des "Sexbuch" auf einer Doppelseite die Adres-



Sexualpädagoge Dr. phil. Günter Amendt
(Bild aus *pro familia magazin* 5/81, S. 31)

sen sämtlicher Beratungsstellen der PRO FAMILIA mitgeteilt.

Im Kapitel "Liebe" bezieht das "Sexbuch" Stellung zur Familienpolitik:

"Staatliche Familienpolitik unter kapitalistischen Bedingungen verfolgt Ziele, die mit den unmittelbaren Interessen der Menschen nichts zu tun haben. Es geht darum, die Bevölkerungsentwicklung so zu steuern, daß der Arbeitsmarkt versorgt, das Rentensystem gesichert und die Militärverpflichtungen eingehalten werden können."¹³

Unter der Überschrift "Das Ende der Familie" führt das von "PRO FAMILIA" empfohlene "Sexbuch" zur "bürgerlichen Familie" aus:

"Wir leben in einer Zeit des Übergangs. In Teilen der Welt ist das Bürgertum besiegt, in anderen ist seine Herrschaft bedroht. Auch wenn es so aussieht, als sei in unserem Land die Macht des Kapitals ungebrochen, so läßt sich im Zerfall typisch bürgerlicher Einrichtungen der Machtzerfall des Bürgertums ablesen. Im Niedergang der bürgerlichen Familie wird er am deutlichsten."¹⁴

Aber auch "Arbeiterfamilien" sind laut "Sexbuch" von "bürgerlichen Wert- und Moralvorstellungen" nicht frei, doch gebe es auch hoffnungsvolle Anzeichen "fortschrittlicher Moralvorstellungen". Das den Jugendlichen von PRO FAMILIA empfohlene "Sexbuch" klärt seine Leserschaft auf:

"Trotz aller Abhängigkeit von bürgerlichen Wertvorstellungen und Ehegesetzen haben die Familien des Pro-

letariats seit ihrem Entstehen auf der Grundlage der ökonomischen und politischen Stellung der Arbeiterklasse eine neue Moral entwickelt. Beide - Arbeiter und Arbeiterin - müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, beide besitzen keine eigenen Produktionsmittel. Daraus erwächst die Möglichkeit der Gleichberechtigung, die allerdings im Kapitalismus durch die besondere Unterdrückung der Frau nicht wirklich hergestellt werden kann. Der politische Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuterordnung, ihre eigene wissenschaftliche Weltanschauung und die Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur prägen eige-

ne, fortschrittliche Moralvorstellungen, die bürgerlicher Ehemoral und Spießertum entgegenstehen."¹⁵

Das "Sexbuch" wurde auch in der Zeitschrift der PRO FAMILIA in einer sexualpädagogischen Literaturauswahl unter "Bücher für Jugendliche" empfohlen.¹⁶ Die "PRO FAMILIA Vertriebsgesellschaft für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien mbH & Co KG" empfiehlt das Buch "Sexfront", in dem sich der Autor Günter Amendt noch etwas weniger Zurückhaltung auferlegt, im Katalog Nr. 3 1990/91:

Amendt, Günter

Sexfront

Der Klassiker der 70er Jahre, immer noch toll.

Erweiterte Neuaufl. 1989, 167 Seiten, TB.

B09016 DM 7,80

Die ebenfalls im PRO FAMILIA-Verhütungsmittelkoffer enthaltene Broschüre "Aber Hallo! Ich kriege ein Kind" behandelt zunächst die Frage der Feststellung einer Schwangerschaft:

"In einer Apotheke kannst Du einen Schwangerschaftstest kaufen (etwa 28,- DM), mit dem Du nach beiliegender Gebrauchsanweisung eine Schwangerschaft selbst feststellen kannst. Wir raten Dir davon ab, weil es teuer ist und für Ungeübte nicht einfach ist, alles richtig zu machen.

Du kannst zu jeder Pro Familia-Beratungsstelle gehen, ein Test kostet dort meist 10,- bis 15,- DM."¹⁷

Nach diesem dezenten Hinweis auf die PRO FAMILIA-Beratungsstellen folgen unter der Überschrift "Warum will ich ein Kind kriegen" Warnungen vor den Konsequenzen einer derartigen Entscheidung:

"Die Entscheidung, ein Kind zu bekommen, ist für Dich eine sehr wichtige Entscheidung. Durch sie wird Dein weiteres Leben stark

beeinflusst. Überlege Dir, welche Veränderungen in Deinem Leben eintreten werden, und ob Du das Kind versorgen kannst. Versuche alles, was dafür und was dagegen spricht, mit einer Dir vertrauten Person zu besprechen, oder für Dich selbst aufzuschreiben. Deine eigene Entscheidung ist natürlich am wichtigsten, da Du auch die Verantwortung hast."¹⁸

Der nächste Abschnitt "Welche nächsten Schritte muß ich tun?" beginnt mit "Arztbesuch. Wenn Du Dich entschieden hast, Dein Kind auszutragen (...)".

Unter der Überschrift "Was gibt es an finanzieller Unterstützung?" werden kurz Kindergeld, Unterstützung durch den Vater oder die Großeltern, Sozialhilfe und Wohngeld angesprochen, es folgt:

"Hilfe der Kirchen"

Zusätzlich gibt es von den Kirchen bereitgestellte Gelder, um finanziell schwachgestellte Mütter zu unterstützen. Diese Gelder werden jeweils von den kirchlichen Beratungsstellen in Deinem Wohngebiet verteilt; Du kannst dort Auskunft erhalten. Diese Finanzhilfen sind jedoch nur kurzfristig und manchmal konfessionell gebunden. Du kannst Dich hier also nicht auf eine langfristige Unterstützung verlassen."¹⁹

Die Bundesstiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" wird kurz angesprochen:

"Seit 1984 gibt es diese Stiftung, die Frauen bei finanziellen Problemen wegen einer Schwangerschaft Hilfe anbieten soll. Du mußt den Antrag in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft stellen. Die kirchlichen Beratungsstellen nehmen in der Regel solche Anträge entgegen. Die Höhe der Zuwendung ist regional verschieden u. hängt auch von Deiner persönlichen Situation ab."²⁰

Das Heft endet mit den Sätzen:

"Wie Du beim Lesen der Broschüre sicherlich gemerkt hast, ist Deine Situation als alleinstehende

oder berufstätige Mutter nicht einfach.

Du solltest Dir also sicher sein, daß Du Dir zutraust, ein Kind unter diesen Bedingungen großzuziehen."²¹

Der Verhütungsmittelkoffer enthält noch eine weitere kleine Broschüre "Hilfe! Ich bin schwanger. Praktische Tips für Mädchen", die zunächst den bereits bekannten Hinweis zum Schwangerschaftstest - am besten bei PRO FAMILIA - gibt.

Der folgende Abschnitt "Ach du meine Güte" empfiehlt bei Feststellung einer Schwangerschaft, eine PRO FAMILIA-Beratungsstelle aufzusuchen. Dann gibt PRO FAMILIA weitere praktische Tips:

"Ich denke an einen Schwangerschaftsabbruch"

- Was muß ich tun?

Vor lauter Unwissenheit haben viele Mädchen oder Frauen große Angst und oft falsche Vorstellungen von einem Schwangerschaftsabbruch. Allerdings wird Mädchen

gerschaft auszutragen oder abzuberechnen. Es ist auf jeden Fall so, daß Du alleine die Entscheidung triffst."²²

Unter der Überschrift "Wie geht nun alles vor sich?" beschreibt PRO FAMILIA dann den Schwangerschaftsabbruch:

"Wenn Du auf dem Behandlungsstuhl liegst, macht der Arzt zunächst eine Ultraschalluntersuchung, dann tastet er die Größe der Gebärmutter und tupft die Scheide mit einem nicht scharfen Jod ab. Mit einer Betäubungsspritze wird der Gebärmuttermund schmerzunempfindlich gemacht. Dann folgt die eigentliche Behandlung. Das Weiten des Gebärmutterhalses mit dünnen Metallstäbchen kann ein Ziehen im Bauch verursachen, so als ob Du die Regel bekommst. Dann wird das Schwangerschaftsgewebe mit einem dünnen, biegsamen Plastikröhrchen aus der Gebärmutter herausgesaugt. Der Eingriff dauert wenige Minuten. Hinterher ist es manchmal nötig, daß eine Ultraschalluntersuchung gemacht wird."²³

"Spruchweisheiten" als Saaldekoration bei der PRO FAMILIA Mitgliederversammlung 1988 im Bildungszentrum der "Sozialistischen Jugend Deutschlands/Die Falken":

"Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad"

"Lieber präservativ als konservativ"

"In dubio pro libido" *)

"Wer zweimal mit derselben pennt gehört schon zum Establishment."

Quelle: *pro familia magazin* 4/88, S. 29-31

*) "Im Zweifel für den Sexualtrieb" - dies ist zwar schlechtes Latein, da nach "pro" der Ablativ folgen müßte, doch trifft PRO FAMILIA hier eine klare Aussage. Der Name "pro familia" hingegen ist lateinisch korrekt.

und Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch erwägen, oft Angst und ein schlechtes Gewissen gemacht.

Auch wenn Du noch minderjährig bist, kannst Du weder von Deinen Eltern noch von sonst jemand gezwungen werden, die Schwan-

Die Broschüre endet so:

"Warum wir diese Broschüre geschrieben haben"

Wir haben diese Broschüre geschrieben, um Dir zu helfen, mit einer ungewollten Schwanger-

schaft umzugehen.

Wir wünschen uns, daß Ihr alle jemanden habt oder findet, mit dem oder mit der Ihr alle Schritte nochmal durchdenken könnt.

Wir wünschen Euch eine Beratungsstelle mit Verständnis für Eure Situation, in Eurer Nähe.

Wir wünschen uns Ärzte bei uns in der Nähe, wo Schwangerschaftsabbrüche mit der Absaugmethode medizinisch einwandfrei vorgenommen werden, wo auf die Gefühle und die Lage der Frauen und Mädchen geachtet wird und wo sie Unterstützung bekommen. Wir wünschen uns keinen moralischen Zeigefinger.

Wir wünschen Dir, daß Du, falls man Dir Schwierigkeiten macht, stark bist und auf Deinem Recht bestehst, Deine Entscheidung selbst zu treffen."²⁴

PRO FAMILIA Rüsselsheim schließlich gibt in ihrer Festschrift zum 10-jährigen Bestehen der PRO FAMILIA-Beratungsstelle und zum 5-jährigen Bestehen ihres Familienplanungszentrums ein weiteres "Beispiel für die sexualpädagogische Arbeit":²⁵

Eine 1986 im Auftrag der US-Schwesterorganisation von PRO FAMILIA, der Planned Parenthood Federation of America (PPFA), durchgeführte repräsentative Befragung amerikanischer Teenager über ihr Sexual- und Verhütungsverhalten ("American Teens Speak") sowie Erhebungen des PPFA nahestehenden Alan Guttmacher Institute zeigen einen überraschenden Zusammenhang auf: Jugendliche, die an der verhütungsbetonten PPFA-Sexualpädagogik teilgenommen haben, wenden zwar häufiger Verhütungsmittel an als "nichtaufgeklärte" Jugendliche; gleichzeitig aber sind sie früher und stärker sexuell aktiv und weisen eine wesentlich höhere Rate an ungewollten Teenager-Schwangerschaften auf.²⁶



DIE MÄDCHENGRUPPE HAT AUSGEBRÜTET,
WIE MAN AM BESTEN KINDER VERHÜTET.
OHNE PILLE, SPIRALE, PARISER
WIRD NÄMLICH DAS LEBEN VIEL HIESER.
MAN SOLLTE SICH LIEBER VORHER ÜBERLEGEN,
ALS OHNE PARISER IN BETT RUMZULEGEN.
DU HAST DICH GANZ FÜRCHTERLICH GEIRRT,
WEUN DEIN BAUCH DAMU DICKER WIRD.
DAS IST DIR DAMU ALLES NICHT GEHEUER,
DENN EIN BABY IST SCHLIEßLICH AUCH ETWAS TEUER.
ALTWEIBER-HAUSMITTEL SIND ABGESAGT,
JETZT WIRD NUR NOCH PRO FAMILIA GEFRAGT.
DORT BIST DU DAMU IN GUTEN HÄNDEN,
UND BRAUCHST AUCH NICHT VIEL GELD VERSCHWENDEN.
KOMMST DU INNERHALB VON 36 STUNDEN,
WIRD DIR DIS "PILLE DANACH" MUNDEN.
DENN DIESSES MITTEL IST VIEL BESSER,
DAMU KOMMST DU WENIGSTENS NICHT UNTERS MESSER.
36 NACHDEM WIE OFT AM TAG,
IST DIE PILLE ABGESAGT.
IST DER BEDARF DOCH NICHT SO GROß,
SIND PARISER AUCH FAMOS.
JETZT SIND WIR ALLE AUFGEKLÄRT
UND KÖNNEN UNS LIEBEN UNBESCHWERT.

"Beispiele für die sexualpädagogische Arbeit
- Die Mädchengruppe"²⁵

1. Antrag der SPD-Bundestagsfraktion: Konzept zur Sexualaufklärung. Bundestags-Drucksache 11/4978 vom 24.7.1989
2. ebd., Maßnahmenkatalog Ziffer 2 d), S. 4
3. ebd., S. 1/2
4. PRO FAMILIA-Jahresbericht 1989, S. 42 sowie Umschlaginnenseite
5. PRO FAMILIA Vertriebsgesellschaft für Verhütungsmittel und Aufklärungsmedien mbH & Co KG, Katalog Nr. 4/1991, S. 16
6. PRO FAMILIA. Allgemeine Zielsetzungen und Inhalte der Sexualpädagogik in der PRO FAMILIA. 6-seitige Broschüre, verteilt von PRO FAMILIA Landau u.a. bei einer Veranstaltung "Pro Familia - eine Institution stellt sich vor" der Volkshochschule Neustadt/W. am 13.3.1991
7. Neu erschienene und wieder vorrätige Informationsmaterialien; in: *pro familia magazin* 5/90 PRO FAMILIA INFORMATIONEN, S. 34
8. PRO FAMILIA Landesverband Hessen e.V. (Hrsg.): Guck mal was los ist. 6. Aufl. Dezember 1989, S. 1
9. ebd., S. 17
10. Günter Amendt: Sexbuch. Weltkreis Verlag, Dortmund 1979, S. 19
11. ebd., S. 94
12. ebd., S. 98
13. ebd., S. 189
14. ebd., S. 218
15. ebd., S. 219
16. Sexualpädagogik und Familienplanung. Zeitschrift der Pro Familia Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung 1/81, S. 32
17. PRO FAMILIA Landesverband Hessen e.V. (Hrsg.): Aber Hallo! Ich kriege ein Kind. Tips für werdende Mütter. 6. Aufl. Dezember 1989, S. 2
18. ebd., S. 3
19. ebd., S. 15
20. ebd., S. 16
21. ebd., S. 18
22. PRO FAMILIA Landesverband Hessen e.V. (Hrsg.): Hilfe! Ich bin schwanger. Praktische Tips für Mädchen. 6. Aufl. Dezember 1989, S. 2
23. ebd., S. 6
24. ebd., S. 10
25. PRO FAMILIA ZENTRUM Rüsselsheim (Hrsg.): Ein Grund zum Feiern. 10 Jahre PRO FAMILIA Beratungsstelle, 5 Jahre PRO FAMILIA Zentrum. Rüsselsheim 1988, S. 25
26. vgl. Robert H. Ruff: Aborting Planned Parenthood. Documented Proof of Planned Parenthood's Systematic Exploitation of Teenagers and Taxpayers. New Vison Press, Houston, Texas 1988

Beispiele für Internationale Kooperation: Population Council, IPPF und andere

IPPF

Der internationale Dachverband der deutschen PRO FAMILIA, die IPPF (International Planned Parenthood Federation - Internationaler Verband für geplante Elternschaft), wurde von Margaret Sanger 1948 mit Sitz in London gegründet. Die Englische Eugenische Gesellschaft überließ dem neuen Verband als Starthilfe kostenlos Räumlichkeiten.¹

Zwar gibt IPPF offiziell immer als

Gründungsdatum 1952 an, doch ist der Festschrift für Hans Harmen zu entnehmen:

"Nachdem er 1948 Gründungsmitglied der International Planned Parenthood Federation (IPPF) geworden war, deren Ehrenmitglied er heute ist, rief er 1952 die 'Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V.' (Pro Familia) ins Leben."²

IPPF gibt jährlich einen Tätigkeitsbericht heraus. Im IPPF-Jahresbericht 1990-91 wird auf 24 Seiten nicht weniger als 25 mal

von "Bevölkerungspolitik", "Bevölkerungsprogrammen", "Bevölkerungsaktivitäten" und ähnlichen Wortzusammensetzungen gesprochen.³

In einem 1984 von IPPF veröffentlichten Papier mit dem Titel "Das Menschenrecht auf Familienplanung" schildert die IPPF ihre Schrittmacherfunktion aus ihrem Verständnis heraus:

"Familienplanungsgesellschaften (die nationalen Planned Parenthood-Schwesterorganisationen)

und andere nichtstaatliche Organisationen sollten das Fehlen eines Gesetzes oder die Existenz eines ungünstigen Gesetzes nicht als Entschuldigung für Tatenlosigkeit benutzen; Tätigwerden außerhalb des Gesetzes oder sogar in seiner Verletzung ist Teil des Prozesses der Stimulation von Veränderung.⁴

In der jüngsten Ausgabe der Broschüre "Das Menschenrecht auf Familienplanung" von 1989 zitiert IPPF den "World Population Plan of Action" (etwa: Maßnahmenkatalog zur Weltbevölkerung):

"Alle Paare und Einzelpersonen haben das Grundrecht, frei und verantwortlich die Zahl und den Abstand ihrer Kinder zu bestimmen und auf Zugang zu Informationen und Mitteln dafür; die Verantwortung von Paaren und Einzelpersonen in der Ausübung dieses Rechts berücksichtigt ihre eigenen Lebensbedürfnisse und die ihrer zukünftigen Kinder und ihre Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft."⁵

Besonders beachtenswert ist die Einschränkung des Menschenrechts auf Familienplanung durch die "Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft". In verschiedenen Staaten werden die Bürger in unterschiedlichem Maße an diese Verantwortung erinnert; auf das chinesische Beispiel wird weiter unten eingegangen.

Zusammenarbeit und personelle Verflechtung

IPPF arbeitet mit zahlreichen ähnlichen Organisationen zusammen, wie etwa dem Population Council (Weltbevölkerungsrat, eine Privatorganisation, gegründet 1952 von John D. Rockefeller III.), und hat Einfluß auf UN-Organisationen wie z.B. UNFPA (UN Fund for Population Activities) und die Weltgesundheitsorganisation

WHO. Neben dem thematischen Einklang bestehen zahlreiche personelle Verflechtungen. Ein Beispiel dieser personellen Vernetzung ist der heutige IPPF-Generalsekretär Halfdan Mahler aus Dänemark. Mahler war 1973 bis 1988 Generaldirektor der WHO und wurde 1989 zum IPPF-Generalsekretär gewählt.⁶ IPPF hat einen offiziellen Beraterstatus bei der WHO. Gerhard Amendt, Gründer des ersten PRO FAMILIA-Familienplanungszentrums in Bremen, war von 1980 bis 1982 "Berater der WHO für Familienplanungsfragen".⁷

Ein weiteres Beispiel für diese Vernetzung ist der Arzt Alan Guttmacher, führendes Mitglied und als direkter Nachfolger von Margaret Sanger 1962 bis 1974 Präsident der amerikanischen IPPF-Schwesterorganisation von PRO FAMILIA, der Planned Parenthood Federation of America (PPFA).⁸ Guttmacher gehörte

New York, das Studien über die Abtreibungsentwicklung in den USA und international veröffentlicht. Ein Mitarbeiter dieses Institutes ist Christopher Tietze, Autor der regelmäßig erscheinenden Studien "Abtreibung - eine Weltübersicht".¹¹ Tietze ist unter anderem Chefgutachter im Zentrum für politische Studien des Population Council und Berater des medizinischen Komitees der Planned Parenthood Federation of America.¹² Alan Guttmacher war in den 50er Jahren Vizepräsident der Amerikanischen Eugenischen Gesellschaft (American Eugenics Society), zu deren führenden Mitgliedern damals auch Christopher Tietze zählte.¹³ Zur Förderung und Verbreitung der Sterilisation arbeitete die Human Betterment Association of America (HBAA, etwa: Amerikanische Vereinigung zur Menschen-Verbesserung) eng mit PPFA und der Amerikanischen Eugenischen Gesellschaft zusammen. Ihrem Vorstand ge-

1973 schreibt der Präsident der US-Schwesterorganisation von Pro Familia, Planned Parenthood, Alan Guttmacher in einem Rundbrief an die "Freunde von Planned Parenthood":

"Sie haben die Verantwortung übernommen, den Tätigkeitsbereich für die Familienplanung auszuweiten, und haben einen größeren Klientenkreis begrüßt - besonders die Einbeziehung Minderjähriger, für die Sie spezielle Dienste entwickelt haben, um ihren speziellen Bedürfnissen zu begegnen. Alle von Ihnen erkennen, daß logischerweise Sterilisation und Abtreibung integrale Bestandteile eines modernen Fruchtbarkeitskontrolldienstes sind."

auch dem medizinischen Beraterkomitee des Population Council an.⁹ 1969 erklärte Guttmacher, daß "eventuell Zwang notwedig werden könnte", wahrscheinlich als erstes in "Indien und China".¹⁰ Seinen Namen trägt das "Alan Guttmacher Institute" in

hört neben Guttmacher drei weitere führende PPFA-Funktionäre an.¹⁴

Bernard Berelson, eine der Leitfiguren der Internationalen "Bevölkerungs- und Familienplanung"¹⁵, war ab 1962 Direktor



Bernard Berelson, Präsident des Population Council 1968 bis 1974. (Bild¹⁶)

des Kommunikationsforschungsprogrammes des Population Council und 1968 bis 1974 Präsident des Population Council. Berelson erhielt 1966 den "Margaret-Sanger-Preis", verliehen von der Planned Parenthood Federation of America¹⁶, der amerikanischen Schwesterorganisation der deutschen PRO FAMILIA. Als Präsident des Population Council hielt Berelson 1969 auf der "Internationalen Familienplanungskonferenz" in Dacca, Bangladesch, ein Grundsatzreferat zum Thema "Geburtenkontrolle: Folgerungen, Tendenzen und Aussichten. Mehr als Familienplanung", wo er unter anderem ausführte:

" A. Schritte zur Ausweitung der freiwilligen Fruchtbarkeitskontrolle

1. Institutionalisierung des Mutterschutzes in ländlichen Gegenden der Entwicklungsländer; eine Studie über die Durchführbarkeit eines gewissen Maßes an moderner medizinischer oder paramedizinischer Betreuung jeder schwangeren Frau in ländlichen Gegenden von fünf Entwicklungsländern mit fachlicher Hilfe für schwierige Fälle und mit einer Erziehung zur Familienplanung und entsprechenden Dienstleistungen als wesentlichen Bestandteil des Programms, ...
2. Liberalisierung der Abtreibung

B. Einführung nichtfreiwilliger Fruchtbarkeitskontrolle

1. Massenanwendung eines 'Wirkstoffes zur Fruchtbarkeitskontrolle' durch die Regierungen, um die Geburten auf einem annehmbaren Stand zu halten: dieser Wirkstoff soll die Fruchtbarkeit in der Gesellschaft je nach Bedarf um 5% bis 75% unter die gegenwärtige Geburtenrate senken; der Wirkstoff ist noch unbekannt, soll aber für Feldversuche nach 5 bis 10 Jahren Forschung zur Verfügung stehen. In städtischen Ballungsgebieten soll er im Trinkwasser enthalten sein und anderswo durch 'andere Methoden'; Zuführung zeitweiliger Sterilisationsauslöser im Trinkwasser oder in den Hauptnahrungsmitteln.
2. 'Verkäufliche Kinderlizenscheine', die an Frauen und vielleicht an Männer ausgehändigt werden in 'angemessener Zahl, um einen Festpreis pro Fortpflanzungseinheit zu gewährleisten', sagen wir 2,2 Kinder pro Paar: z.B. 'das Einheitszertifikat' sei ein 'Zehntel-Kind'; wenn eine Frau im heiratsfähigen Alter nun zehn dieser Einheiten durch Kauf, Erbschaft oder Geschenk gesammelt hat, hätte sie das Recht zu einem Kind.
3. Zeitweilige Sterilisation aller Mädchen durch zeitgebundene Verhütungsmittel, die nach jeder Niederkunft erneut verabreicht werden, wobei die Rückkehr zur Fruchtbarkeit nur mit staatlicher Genehmigung erlaubt ist; Genehmigungsbescheinigungen aufgrund einer allgemeinen Wahl über ein erwünschtes Bevölkerungswachstum. Die Bescheinigungen werden auf dem freien Markt zum Kauf angeboten.
4. Zwangssterilisation von Männern mit 3 oder mehr lebenden Kindern; Forderung von Abtreibung aller rechtswidrigen Schwangerschaften."¹⁷

Weiter unten fährt Berelson mit seinen Vorschlägen fort:

" E. Steuer- und Sozialfürsorgevergünstigungen und Strafen d.h. ein geburtenfeindliches System

sozialer Dienstleistungen anstelle der heutigen geburtenfreundlichen Tendenzen.

1. Entzug von Mutterschaftsvergütungen, vielleicht nach N(3?) Kindern, oder falls nicht bestimmte Einschränkungsbedingungen erfüllt sind, wie genügender Abstand zwischen den Geburten, Kenntnisse über Familienplanung oder Einkommensstufe.
2. Entzug von Kinder- oder Familiengeld, vielleicht nach N Kindern.
3. Geburtensteuer nach dem N. Kind.
4. Beschränkung von staatlichen Mitteln für ärztliche Behandlung, Wohngeld, Stipendien, Darlehen, Beihilfen usw. auf Familien mit weniger als N Kindern.
5. Umkehr von Steuervergünstigungen zugunsten von Unverheirateten und von Eltern mit weniger, statt mit mehr Kindern."¹⁸

China

Das Regime der Volksrepublik China hat praktisch alle Vorschläge Berelsons in die Realität umgesetzt. Das chinesische Bevölkerungs- und Familienplanungsprogramm wird von der chinesischen Familienplanungsgesellschaft, Mitglied in der IPPF und damit Schwesterorganisation der deutschen PRO FAMILIA, formuliert und mitgetragen.

Sehr vorsichtig beschreibt diese Art der Zusammenarbeit der damalige Vorsitzende des Zentralausschusses der IPPF, der Deutsche Jürgen Heinrichs, ehemaliger PRO FAMILIA-Präsident und noch heute Vizepräsident der IPPF, 1984 im *pro familia magazin*:

"Inzwischen sind 113 Mitgliedsorganisationen in allen Teilen der Erde tätig, in Nord und Süd, in Ost und West. Darüber hinaus werden in einer Reihe von Ländern ohne Mitgliedsorganisation Familienplanungsaktivitäten durch die

IPPF unterstützt. Es sind die nicht-staatlichen Organisationen, die in diesem Verband zusammengeschlossen sind; sie repräsentieren jedoch keineswegs die gesamte Tätigkeit auf dem Gebiet der Familienplanung in den jeweiligen Ländern, weil inzwischen in vielen Ländern, vielfach als Teil des öffentlichen Gesundheitssystems, Informationen und Dienstleistungen zur Familienplanung vom Staat angeboten werden und auch andere Organisationen in diesem Bereich tätig sind. Die nicht-staatlichen Familienplanungsgesellschaften arbeiten oft in Absprache mit und Ergänzung zu staatlichen Programmen."¹⁹

Bereits 1977 schildert der damalige PRO FAMILIA-Präsident Jürgen Heinrichs in einem Aufsatz "Modell Familienplanung - fünf Phasen institutioneller Aktivitäten" die fünfte Phase so:

"In dieser Phase kann man die Hauptfunktion der Familienplanungsorganisation mit der Aufgabe eines Wachhundes vergleichen: nämlich darüber zu wachen, daß die Prinzipien der Familienplanung auch wirklich Eingang finden in jeden relevanten Bereich des gesellschaftlichen Lebens und daß ihre partizipatorischen und emanzipatorischen Werte nicht durch Einzelinteressen und mit ihnen verbundene soziale Kräfte beeinträchtigt werden.(...) Man kann wohl kaum davon ausgehen, daß Phase V schon irgendwo voll verwirklicht ist. (Vielleicht ist das chinesische Volk der Realisation am nächsten.)"²⁰

Deutlicher wird der IPPF-Jahresbericht 1989-90. Der IPPF-Generalsekretär Halfdan Mahler schreibt unter der Zwischenüberschrift "An der Familienplanungsfront":

"In China sah ich selbst die eindrucksvollen Anstrengungen der chinesischen Familienplanungsgesellschaft, in Ergänzung der staatlichen Familienplanungskommission zu arbeiten."²¹

Näher beschreibt der IPPF-Jahresbericht dann im Kapitel "Ost- und

Südostasien und Ozeanien" die Familienplanungsarbeit in China:

"Allgemein gibt es eine starke Bindung an Bevölkerungs- und Familienplanungspolitik, und die Familienplanungsorganisationen spielen eine wichtige kollaborative Rolle in der Umsetzung einiger Aspekte der nationalen Familienplanungsprogramme. (...) Den Bedürfnissen junger Paare wird innerhalb von Informations- und Motivationsprogrammen Priorität eingeräumt werden; auch wird es Initiativen zur Familienplanungs-, Familienlebens- und Gesundheits-erziehung für verheiratete Frauen mit niedrigem Bildungsstandard geben, insbesondere in ländlichen Gebieten."²²

Die Art der Familienplanungs- und Bevölkerungspolitik, bei denen der chinesische IPPF-Mitgliedsverband mit "eindrucksvollen Anstrengungen" seine "kollaborative Rolle" spielt und Motivationsprogramme dazu durchführt, schildert der SPIEGEL im März 1991 unter der Überschrift "Prügelstrafe in China" so:

"Um ihre Bevölkerungspolitik (nicht mehr als ein Kind pro Familie) durchzusetzen, schrecken Pekings Wächter auch vor barbarischen Strafen nicht zurück. Die Zeitung Ningxia Legal Daily berichtet von zehn Frauen in der Provinz Sichuan, die ihr zweites Kind erwarteten. Sie weigerten sich, eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Deshalb wurden die Ehemänner mit Stockschlägen bestraft - ein Hieb für jeden Tag der Schwangerschaft ihrer Frauen. Als auch noch den Schwangeren selbst Schläge angedroht wurden, erklärten sich alle zehn Paare zur Abtreibung bereit. 'Ein glatter Sieg über die starrköpfigen Elemente', kommentierte die Legal Daily."²³

"Operation auf dem Hof"

Im Oktober 1991 berichtet der SPIEGEL in einem ganzseitigen Artikel über chinesische "Einsatzkommandos auf der Jagd nach

ungeborenen Babys", die nachts in die Anwesen chinesischer Bauern eindringen und schwangere Frauen, die ihr zweites Kind erwarten, zur Zwangsabtreibung verschleppen:

"Solche Überfälle häufen sich zur Zeit in China, besonders auf dem Land. Sie sind Teil einer grausamen Kampagne, mit der die Regierung ihre Bevölkerungspolitik - pro Familie nur ein Kind - durchsetzen will. Erst im Januar hatte sich Pekings Familienministerin Peng Peiyun in einem SPIEGEL-Interview gebrüstet: 'Unsere Hauptmethode ist Erziehung und Aufklärung.' (...)

Tausende von schwangeren Frauen werden oft erst im sechsten und sogar im achten Monat zur Abtreibung gezwungen und danach zwangssterilisiert."²⁴

Bis zu 1000 Yuan, rund 300 Mark, könnten Denunzianten erhalten, die den Behörden schwangere Frauen anzeigen, die bereits ein Kind haben, so der SPIEGEL weiter. Frauen, die sich der Zwangsabtreibung durch die Flucht entzogen, würden durch das Niederwalzen der Häuser ihrer Familie bestraft, den Dorfbewohnern sei es verboten, die Obdachlosen aufzunehmen. Der SPIEGEL fährt mit dem Bericht der Augenzeugin Liu Yin fort:

"Ein Bild des Grauens bot sich Liu Yin auch im Krankenhaus des Landkreises, dem Abtreibungszentrum der gesamten Region: 'Hunderte von Frauen - einige länger als sechs Monate schwanger - drängten sich in dunklen Korridoren und hastig errichteten Zelten und warteten auf ihre Operation auf dem Hof. Gleich daneben war die öffentliche Toilette.' 'Ich ging hinein, dort konnte man den Fuß nirgends aufsetzen, überall blutdurchtränktes Toilettenpapier. Hinter dem Kio stand eine Reihe von Abfalleimern: Die abgetriebenen Babys waren darin - einige etwa acht Monate alt ...'"²⁴

IPPF hat sich seit Bekanntwerden der chinesischen Bevölkerungs-

und Familienplanungspolitik nicht davon distanziert, sondern im Gegenteil die Chinesen für ihren Mut und ihre Effektivität gelobt.²⁵

Das deutsche *pro familia magazin* berichtet in der Ausgabe zum Schwerpunktthema "Schwangerschaftsabbruch in anderen Ländern" vom Januar 1991 unter dem Titel "Familienplanung und Abtreibung in Recht und Praxis Chinas":

"Von oben nach unten wurden Verwaltungsorgane für Familienplanung eingerichtet und die Politik der 'Ein-Kind-Familie' wurde durchgeführt. Wirksame administrative und wirtschaftliche Maßnahmen wurden getroffen, um die Kontrolle des Bevölkerungswachstums in die Tat umzusetzen. Der Trend des übermäßigen Bevölkerungswachstums wurde eingedämmt und die Familienplanung hat merkliche Erfolge erzielt:

- * 200 Millionen Menschen weniger geboren (...)
- * Verlangsamtes Bevölkerungswachstum (...)
- * Änderung der Einstellung der Chinesen

Die Bevölkerung, vor allem die Einwohner in den Städten, haben die Vorteile der späten Heirat, des höheren Gebäralters, der geringeren Geburtenzahl und der eugenischen Vorsorge erkannt und halten sich ziemlich gut an die Familienplanung.²⁶

Unter der Zwischenüberschrift "Anstehende Probleme der Familienplanung" beklagt der Verfasser dann den

- ** Mangel an wirksamen Maßnahmen

Seit der Durchführung der wirtschaftlichen Strukturreform mangelt es an wirksamen Maßnahmen zur Sanktion und Kontrolle bei Verstößen gegen Familienpla-

nung. Ausschließlich wirtschaftliche Sanktionen haben ihre Wirkungskraft verloren.²⁸

Über "Rechtliche Schritte zur Bevölkerungskontrolle" wird weiterhin berichtet:

"Bereits in der Verfassung Chinas vom 5. März 1978 hatte es in Art. 53, Abs. 3 geheißen, daß der 'Staat die Familienplanung befürwortet und fördert'. In der neuen Verfassung vom 4. Dezember 1982 hieß es erneut, daß 'beide Ehepartner die Pflicht zur Familienplanung haben' (Art. 49, Abs. 2). (...)

Der 'Ein-Kind-Familie'-Paßinhaber kann alternativ zwei Arten von Vorzugsbehandlung beanspruchen: Entweder erhält sein Kind bis zum 7. Lebensjahr kostenlosen Kindergartenaufenthalt sowie freie Schule (von der Grund- bis zur Oberschule) und medizinische Behandlung auf öffentliche Kosten bis zum 14. Lebensjahr oder er entscheidet sich für den Bezug von monatlich 5 Yuan, die bis zum 14. Lebensjahr des Kindes bezahlt werden. Bringt eine Familie mit Ein-Kind-Paß ein zweites Kind zur Welt, so hat sie alle bisherigen Vergünstigungen wieder zurückzuerstatten. (...)

Es gibt zahlreiche Vorzugsleistungen für solche Personen, die sich verhütenden Operationen oder freiwillig der Abtreibung unterziehen.²⁸

Doch habe die chinesische Familienplanung auch mit dem Problem des "modernen Aberglaubens" zu kämpfen:

"Der moderne Aberglaube bleibt nicht in den Buddhatempeln, sondern ist auch verwurzelt in den Köpfen der unwissenden Jugendlichen. Manche Leute sind starrsinnig der Meinung, eine Abtreibung sei bei jeder Frau vermeidlich.²⁸

Der Verfasser dieses Artikels im *pro familia magazin*, Yang Dawai, wird dort vorgestellt als "Professor vom Institut für Weltwirtschaft und Politik der chinesischen Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Beijing" sowie "Gastwissenschaftler im Starnberger Institut zur Erforschung globaler Entwicklungen, Strukturen und Krisen e.V. Interessenschwerpunkte Bevölkerungspolitik, Landwirtschaft und Wirtschaft".²⁶ Prominenter Mitarbeiter dieses Starnberger Institutes ist Jürgen Heinrichs, verantwortlicher Redakteur des *pro familia magazins*²⁷, ehemaliger PRO FAMILIA-Präsident, ehemaliger Präsident und heute Vizepräsident des Zentralrats der IPPF.²⁸

Im IPPF-Jahresbericht 1990-91 wird im Kapitel "Ost- und Südostasien und Region Ozeania" China nur am Rande erwähnt:

"Der Aufbau von Institutionen ist weiterhin Schwerpunkt im Pazifik, in Vietnam und China, wo klar definierte technische Unterstützung erforderlich ist, um Management- und Programmentwicklungskapazitäten zu entwickeln."²⁹

In einer Großen Anfrage der GRÜNEN im Deutschen Bundestag 1989 "Zu der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an bevölkerungspolitischen Programmen in Entwicklungsländern" werden teilweise sehr zutreffend und detailreich die Aktivitäten u.a. der Weltbank und der IPPF - unter ausdrücklicher Nennung der deutschen PRO FAMILIA - beschrieben.³⁰

1. Human Life International (HLI) Canada (Hrsg.): Planned Parenthood - Wolf in Sheep's Clothing, Vanier (Canada) 1990.
2. Ferdinand Oeter: Der ethische Imperativ im Leben Hans Harmsens; in: Hermann Schubnell (Hrsg.): Alte und neue Themen der Bevölkerungswissenschaft. Festschrift für Hans Harmsen. Boppard am Rhein 1981, S. 13

3. IPPF Annual Report; zu beziehen bei: International Planned Parenthood Federation, Regent's College, Inner Circle, Regent's Park, London NW1 4NS
4. IPPF: The Human Right to Family Planning, 1984 (Übers. d. Verf.). Im gleichen Jahr 1984 ändert die deutsche PRO FAMILIA ihre Satzung so, daß der Schwangerschaftsabbruch als satzungsgemäßer Vereinszweck definiert ist. Weiterhin beschließt die Mitgliederversammlung 1984 des PRO FAMILIA- Bundesverbandes die Ablehnung der Bundesstiftung "Mutter und Kind" und fordert per Beschluß alle Landesverbände auf, sich nicht an der Mittelvergabe zu beteiligen.
5. IPPF: The Human Right to Family Planning, 5/1989 (Übers. d. Verf.)
6. Jürgen Heinrichs: Neuer Generalsekretär der IPPF; in: *pro familia magazin* - PRO FAMILIA INFORMATIONEN 1/89, S. 32
7. Gerhard Amendt: Geboren und ungeliebt; in: Elternhaus und Schule. Monatszeitschrift für alle Fragen des Lebens mit Kindern, Nr. 11/1990, S. 9
8. George Grant: Grand Illusions. The Legacy of Planned Parenthood. Wohlgemut & Hyatt Publishers, Brentwood, Tennessee 1988, S. 59
9. Population Council (Hrsg.): The Population Council. A Chronicle of the first Twenty-five Years 1952-1977, New York 1978, S. 22
10. George Grant a.a.O., S. 302
11. vgl.: Christopher Tietze: Induced Abortion. A World Review 1983. A Population Council Fact Book. Population Council, New York 1983
12. Christopher Tietze a.a.O., 2. Umschlagseite
13. zitiert nach: Robert Marshall, Charles Donovan: Blessed Are the Barren. The Social Policy of Planned Parenthood. Ignatius Press, San Francisco 1991, S. 280 f
14. ebd., S. 282
15. Diese Wortwahl stammt von IPPF selbst: Der IPPF-Generalsekretär schreibt in seinem "Rückblick" im IPPF-Jahresbericht 1990-91, S. 2: "Einerseits möchte man in der Welt der Bevölkerungs- und Familienplanung darüber jubeln, was nun die praktisch allgemeine Anerkennung dafür zu sein scheint, daß Familienplanung für die zukünftige Wohlfahrt der Menschheit von ausschlaggebender Bedeutung ist." (Übers. d. Verf.)
16. John A. Ross, W. Parker Mauldin (Hrsg.): Berelson on Population. Springer-Verlag New York, New York 1988, Vorwort und S. 9. Zu den Herausgebern ist interessant: Ross firmiert unter "Columbia University, Center for Population and Family Health, New York" und Mauldin unter "The Population Division, The Rockefeller Foundation, New York".
17. Bernard Berelson: Geburtenkontrolle. Folgerungen, Tendenzen, Aussichten. Mehr als Familienplanung. Referat gehalten auf der "Internationalen Konferenz für Familienplanung" in Dacca (Bangladesch) vom 28.01. bis 04.02.1969, S. 3. Die Literaturhinweise im Original des Manuskriptes von Berelson sind hier weggelassen.
18. Bernard Berelson, a.a.O., S. 4
19. Jürgen Heinrichs: Familienplanung zwischen Menschenrecht und Bevölkerungskontrolle; in: *pro familia magazin* 4/84, S. 2 f.
20. Jürgen Heinrichs: Modell Familienplanung. Fünf Phasen institutioneller Aktivitäten; in: Sexualmedizin 6/1977, S. 483 ff
21. IPPF-Jahresbericht 1989-90, S. 4 (Übers. d. Verf.)
22. IPPF-Jahresbericht 1989-90, S. 14 (Übers. d. Verf.)
23. Prügelstrafe in China; in: SPIEGEL Nr. 12/1991 vom 18.03.1991, S. 161
24. Operation auf dem Hof. Einsatzkommandos der Behörden machen Jagd auf ungeborene Babys. Frauen werden zur Abtreibung gezwungen; in: SPIEGEL Nr. 42/1991 vom 14.10.1991
25. Human Life International (Hrsg.): Planned Barrenhood - Banned Parenthood. HLI, Gaithersburg, Maryland 1988, S. 7
26. Yang Dawai: Familienplanung und Abtreibung in Recht und Praxis Chinas; in: *pro familia magazin* 1/91, S. 8 f.
27. Impressum des *pro familia magazin* 1/91
28. Monika Simmel-Joachim: Jürgen Heinrichs zum 50. Geburtstag; in: *pro familia magazin* 1/89, S. 32 f.; vgl. auch IPPF-Jahresbericht 1990-91, letzte Umschlaginnenseite
29. IPPF-Jahresbericht 1990-91 (Übers. d. Verf.)
30. Große Anfrage der Abgeordneten Frau Schmidt (Hamburg), Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN: Zu der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an bevölkerungspolitischen Programmen in Entwicklungsländern. Bundestags-Drucksache 11/4901 vom 29.6.1989. Die Antwort der Bundesregierung erschien als Bundestags-Drucksache 11/7439 vom 20.6.1990.

"Die Bedeutung der unterschiedlichen Vermehrung erbbiologisch Leistungsfähiger und sozial Minderwertiger für die Zukunft eines Volkes und die Notwendigkeit einer eugenisch orientierten Bevölkerungspolitik"

Titel des Vortrags von **Hans Harmsen** auf dem "Internationalen Kongreß für Bevölkerungspolitik" in Rom, 1931. Harmsen, Gründer der PRO FAMILIA, war von 1952 bis 1967 Präsident der PRO FAMILIA und bis 1984 Ehrenvorsitzender von PRO FAMILIA.

"Die Forschung zum Leben unerwünschter Kinder zeigt eines: Die frei verfügbare Abtreibung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Kindern das schwere Los erspart bleibt, unerwünscht leben zu müssen. Die Freigabe der Abtreibung ist Politik zum Wohle des Kindes."

Gerhard Amendt, Vorsitzender der PRO FAMILIA Beratungsstellen in Bremen von 1976 bis 1984, Gründer des Bremer Familienplanungszentrums der PRO FAMILIA; in: Elternhaus und Schule, Monatszeitschrift für alle Fragen des Lebens mit Kindern, 11/90.

"Das Recht der Kinder, erwünscht zu sein ist solange nicht verbürgt, wie Frauen und Männer die Familienplanung nicht mit Hilfe der Abtreibung gestalten können."

Gerhard Amendt: Die bestrafte Abtreibung. Argumente zum Tötungsvorwurf. IKARU-Verlag, Bremen, 1988, S. 38